

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,30 M. monatlich 1,30 M. vierteljährlich 3,90 M. halbjährlich 7,80 M. jährlich 15,60 M. (einschließlich Porto).  
 Einzelhefte: 5 Pfennig.  
 Sonntagshefte: 10 Pfennig.  
 Die Neue Zeit: 10 Pfennig.  
 Abonnement 1,30 M. monatlich 1,30 M. vierteljährlich 3,90 M. halbjährlich 7,80 M. jährlich 15,60 M. (einschließlich Porto).  
 Die Neue Zeit: 10 Pfennig.  
 Abonnement 1,30 M. monatlich 1,30 M. vierteljährlich 3,90 M. halbjährlich 7,80 M. jährlich 15,60 M. (einschließlich Porto).  
 Die Neue Zeit: 10 Pfennig.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern  
 oder deren Raum 60 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Berichts-Anzeigen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt  
 Wort 20 Pfg. (zweiwöchentlich 2 Pfg.)  
 Buchstaben und Schließstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes  
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Freitag, den 13. April 1917. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90 - 151 97. | Fernsprecher: Amt Morianplan, Nr. 151 90 - 151 97.

# Fortdauernder Feuerkampf zwischen Soissons und Reims.

## Englische Angriffe bei Souchez scheitern.

**Schlacht bei Arras: Vergebliches Anstürmen bei Vimy, Monchy verloren — Trommelfeuer zwischen Soissons und Reims, wachsender Feuerkampf in der westlichen Champagne — Reges russisches Artilleriefeuer in Ostgalizien.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. April 1917. (B. L. S.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
**Deeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**

Auf dem Nordufer der Scarpe wurden bei heftiger Artilleriewirkung englische Angriffe der Engländer auf Vimy und bei Fampoux abgewiesen.

Südlich der Sach-Niederung führte der Gegner starke Kräfte zum Stoß gegen unsere Linien vor. Nach mehrmals gescheiterten Anstürmen ging nach Monchy verloren; nördlich und südlich des Ortes brachen englische Angriffe, an denen auch Kavallerie und Panzerkraftwagen teilnahmen, verlustreich zusammen.

In den Kämpfen bei Bullecourt wurde ein Anfangserfolg des Feindes durch Gegenstoß ausgeglichen; dabei blieben 25 Offiziere, über 1000 Mann und 27 Maschinengewehre in unserer Hand.

Aus einem Gefecht bei Hargicourt, östlich von Péronne, wurden mehr als 100 Gefangene und 5 Maschinengewehre eingebracht.

St. Quentin wurde auch gestern stark beschossen.

**Deeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 Von Soissons bis Reims hat sich der Feuerkampf zu äußerster Heftigkeit gesteigert; einzelne Frontstrecken lagen mehrfach unter Trommelfeuer.

In der westlichen Champagne ist gleichfalls der Artilleriekampf im Wachsen.

Entwundungsvorhölle französischer Infanterie wurden abgewiesen.

**Deeresgruppe Herzog Albrecht.**  
 Gefechtsbetätigung nur in beschränktem Umfang.

Trotz Sturmes waren die Flieger sehr tätig; der Feind verlor in Luftkämpfen 24, durch Infanteriefeuer 1 Flugzeug.

Bombenabwürfe auf feindliche Truppenlager und Munitionslager im Vesle- und Suippes-Tal verursachten beobachteten Schaden.

Rittmeister Freiherr v. Richtigshofen schloß den 40. Gegner ab.

**Ostlicher Kriegsschauplatz.**  
 Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Brody, an der Bahn Jozow-Tarnopol und beideseits des Dnjester rege russische Feuerbetätigung.

An der Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph und bei der

**Deeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radenau**  
 keine wesentlichen Ereignisse.

**Mazedonische Front.**  
 Die Lage ist nicht verändert.

Der Erste Generalquartiermeister.  
 Ludendorff.

### Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 12. April. Abends.  
 Starke englische Angriffe sind bei Souchez, Nordhölle bei Fampoux (nördlich bzw. östlich von Arras) gescheitert.

Bei St. Quentin hält die rege Artilleriebetätigung, zwischen Soissons und Reims der starke Feuerkampf an.

Im Osten und in Mazedonien nichts Besonderes.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 12. April 1917. (B. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

**Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.**  
 Keine besonderen Ereignisse.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Im Görzischen drangen gestern abend Sturmtruppen der Infanterieregimenter 71 und 76 in die feindlichen Gräben östlich von Unter-Bertolba ein, nahmen 4 Offiziere und 135 Mann gefangen und erbeuteten zwei Maschinengewehre und drei Minenwerfer. Der Artillerie- und Minenkampf war an einzelnen Stellen der küstentländischen Front zeitweilig sehr lebhaft.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Oester, Feldmarschallleutnant.

### Die Vereinigten Staaten im Krieg

#### Erklärung Argentiniens.

Die Vereinigten Staaten wollen sich weder durch formellen Beitritt zum Bündnis der Verbandsmächte politisch binden, noch einen Teil ihrer regulären Armee nach Europa senden, weil sie das im Augenblick allerdings noch völlig ruhige Mexiko, und die große Zahl der Deutsch-Amerikaner mit Unruhe betrachten. Roosevelt will eine Division auf die Weine bringen, hat aber das Versprechen abgeben müssen, daß seine Freiwilligen nicht aus Männern bestehen, die, sobald das Wehrgebot zur Annahme gelangt, sofort dienstpflichtig werden oder für unentbehrliche Betriebe dringend gebraucht werden. Militärische Sachverständige sind jedoch der Ansicht, daß Roosevelt nichtsdestoweniger viel ausgebildete Soldaten seiner Division einverleiben wird. Die gleichen Bedenken werden gegen die Entsendung einzelner Regimenter regulärer Truppen nach Europa geltend gemacht. Man fragt sich, ob wirklich eine kleine Anzahl regulärer Truppen entbehrt werden könnte. Washington faßt den Krieg ernstlich auf und wünscht ihn auch wissenschaftlich zu führen.

Dagegen hat der Finanzausschuß des Repräsentantenhauses ohne Rücksicht auf den voraussichtlichen Einspruch „doktrinärer Politiker“ beschlossen, die Ermächtigung für eine Kriegsanleihe von sieben anstatt fünf Milliarden Dollars (ein Dollar = 5,32 M.) zu verlangen. Man will fünf Siebentel hiervon in Obligationen und den Rest in Schatzanweisungen auf kurzen Termin ausgeben. Bei dieser Transaktion darf kein Gewinn erzielt werden. Obligationen und Schatzanweisungen werden 3 1/2 Proz. Zinsen abwerfen, was der Börse zu wenig ist. Neben der finanziellen Frage beschäftigt sich die Regierung mit kommerziellen und militärischen Problemen. Der Präsident ist der Meinung, daß es Amerikas vornehmste Aufgabe ist, der Unterseebootgefahr die Stirn zu bieten dadurch, daß man mit den Alliierten zusammengeht und insbesondere Rauffahrtschiffe erbaut. Weiter werden die Vereinigten Staaten den Alliierten helfen, den Krieg zu finanzieren. Die Bewegung, den Alliierten auch in rein militärischer Hinsicht Hilfe zu bringen, wird immer ausgedehnter.

In Südamerika scheint Brasilien vorläufig allein bleiben zu wollen. Nur Argentinien, auf das man gerade in Deutschland große Hoffnungen gesetzt hat, ist mit einer platonischen Liebeserklärung für die Vereinigten Staaten auf das Welttheater getreten. Neuter meldet:

Obgleich die argentinische Regierung gegenwärtig beabsichtigt, die Neutralität aufrecht zu erhalten, bis die eigenen Rechte Argentinens verletzt werden, hat sie eine Erklärung erlassen, in der sie ihre Übereinstimmung mit der Politik der Vereinigten Staaten zum Ausdruck bringt. Die Erklärung sagt: Angesichts der Gründe, die die Vereinigten Staaten zur Kriegserklärung an Deutschland veranlaßt hätten, erkenne die argentinische Regierung die Berechtigung dieses Entschlusses an, soweit sich dieser auf Verletzung der Grundsätze der Neutralität stütze, die durch endgültig als Errungenschaften der Zivilisation angesehene Vorschriften des Völkerrechts bestätigt seien.

Diese Kundgebung wird begreiflich, wenn man sich erinnert, daß Argentinien seit einiger Zeit eine Umwandlung seiner beträchtlichen schwebenden Schulden in eine große langfristige Anleihe in New York betreibt. Der Wunsch, die stehengebliebenen Verhandlungen durch politische Gefälligkeiten zu fördern, verbindet sich mit der Entrüstung über die fatale Tatsache, daß die große Einschränkung des Seeverkehrs die Volks- und Staatswirtschaft dieses ganz von Einfuhr und Ausfuhr lebenden Landes erschüttert.

### Sozialdemokratie und Regierung

Von Friedrich Stampfer.

Man darf dem Genossen Lensch dankbar dafür sein, daß er in seinem Artikel „Die Osterbotschaft und die Sozialdemokratie“ den Leuten ein Licht aufleuchte, denen der „Vorwärts“ bisher als offizielles Blatt und als Organ der Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg gegolten hat. Derselben „Vorwärts“ beschuldigt nun Genosse Lensch krasser Regierungsfeindschaft und gefährlicher Kanzlerstürzerei.

Das Wort „Kanzlerstürzer“ hat in Deutschland einen schlechten Klang, an dem der „Vorwärts“ vielleicht nicht ganz unschuldig ist. Spricht man von Kanzlerstürzern, so denkt man an Leute, die am wegedeckten Tisch eines eleganten Hotels darüber beratschlagen, wie man durch allerhand Skabalen in das Vertrauen des Kaisers eindringen und dessen ersten Ratgeber durch einen geschickteren Mann ersetzen kann. Daß der Kampf gegen Kanzlerstürzerei solcher Sorte mit Regierungsrömmigkeit nichts zu tun hat, dürfte aus den Anklagen, die Genosse Lensch gegen den „Vorwärts“ erhebt, klar geworden sein.

Man kann die Kanzlerstürzerei geheimer Stundentitel bekämpfen und doch an der Regierungspolitik scharfe Kritik üben. Und das hat der „Vorwärts“ allerdings getan, und ich darf wohl sagen, daß er das weicher tut, ohne sich über die Folgen, die eine solche Kritik haben kann, allzu schwarzen Befürchtungen hinzugeben.

Auch die Osterbotschaft kann daran nichts ändern. Es war gewiß sehr klug vom Reichskanzler, den Rat des Genossen Lensch zu befolgen. Es war nach meiner Ueberzeugung weniger klug von ihm, daß er so lange und so oft und in so vielen Dingen den Rat der sozialdemokratischen Partei und Presse überhört hat, die unaufhörlich auf ein klares, fest umrissenes Programm der äußeren und inneren Politik drangen. Daß Herr v. Bethmann Hollweg diesen Rat nicht befolgt hat, geht aus dem Artikel des Genossen Lensch selbst hervor, in dem er einmal von der „relativen Mäßigung“ des Kanzlers in der Kriegszielfrage spricht, das andere Mal aber aus der Osterbotschaft sogar die Absicht herausliest, das abgetane Klassenwahlrecht durch ein neues Pluralklassenwahlrecht zu ersetzen.

Genosse Lensch sieht die Möglichkeit voraus, daß die Kanzlergegnerschaften von rechts und links zum Rücktritt des Herrn v. Bethmann führen könnte. Vor dem darauf folgenden Ringen um die Macht hat er Angst. Ich nicht! Es war unser großer Fehler, daß wir in der Zeit vor dem Kriege unsere Macht überschätzten, wir sind in Gefahr, in den entgegengegesetzten nicht minder verhängnisvollen Fehler zu verfallen, und sie zu unterschätzen. Es stände wahrhaftig schlimm um uns, wenn wir hinter einem derzeit im Amt befindlichen Reichskanzler Deckung suchen müßten, statt uns auf unsere eigene Kraft zu verlassen und den Kampf aufzunehmen, wo er sich uns bietet.

Wir alle sind von dem Gefühl durchdrungen, daß innere Kämpfe nur dann erlaubt und geboten sind, wenn die Kraft Deutschlands, aus diesen ungeheuren Weltwirren einen guten Ausgang zu finden, durch sie nicht geschwächt wird. Von diesem obersten Grundsatz hat sich auch der „Vorwärts“ in seiner Kritik leiten lassen, die er den politischen Handlungen und Unterlassungen der Regierung widmet hat. Ich glaube, wir alle vertreten unsere demokratischen und sozialistischen Ueberzeugungen nicht aus prinzipieller Stiefenpferdreiterei, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß wir durch ihre Vertretung der Sache unseres Volkes — das von Feinden umdrängt ist, wie nie ein Volk in der Welt — am besten dienen.

Diese unsere Ueberzeugungen gestatten uns aber kein reibungsloses Einordnen in den Gang der gegenwärtigen Regierungsmaschinerie. Es erübrigt sich, alle Einzelfragen aufzuzählen, in denen sich scharfe Meinungsverschiedenheiten ergeben müssen. Aber es ist klar, daß sich die Sozialdemokratie zur Regierungspolitik nicht so stellen darf, daß man mit einem Schein von Recht sagen könnte, sie trage die Mitverantwortung für sie.

In jeder Phase des Krieges war unsere Stellung zur Regierung vollkommen klar. Jedermann weiß, daß die Politik der Regierung anders ausgehen haben würde, wenn sie von starken sozialdemokratischen Ueberzeugungen getragen worden wäre, und wenn sie sich nicht von den vertriebenen Strömungen, bald hier ein Stück, bald dort ein Stück, hätte mitführen lassen. Daß auch die sozialdemokratische Strömung den Kurs stellenweise beeinflusst hat, braucht durch-

aus nicht bestritten werden. Ankündigung der „Reuorientierung“, Abkommen mit Amerika (1916), Friedensangebot, Osterbotschaft: das alles und manches andere sind Dinge, die unmöglich gewesen wären ohne das Vorhandensein einer starken Sozialdemokratie. Aber auch hier bleibt doch immer ein Rest, zu tragen peinlich, bleiben Schlupflöcher und Rückzugswegen. Nirgends hat man das Gefühl eines Willens, der mit eigener Energie auf sein Ziel losgeht, überall zeigen Gegenströmungen ein, die nicht bekämpft, sondern fürsorglich mitberücksichtigt werden.

Dies gilt von den Handlungen der Regierung, die von der Sozialdemokratie im großen ganzen gebilligt worden sind. Es gibt aber auch andere, entscheidende, für die die Partei im Reichstag die Verantwortung abgelehnt hat.

Also, wir haben der Regierung gegenüber unsere selbständige Stellung bewahrt und haben gut daran getan. Als Gegner der Adloniter sind wir noch lange nicht die Prätorianer des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Jetzt handelt es sich nicht um Kanzlerstürzerei aus dem Hinterhalt, sondern um das gerade Gegenteil davon: um das parlamentarische System. Als Demokratien muß es uns ernst um die Forderung sein, daß die Kräfte, die das Volksgeschick leiten, nicht aus den Höhen herniedersteigen, sondern aus der Tiefe emporsicheln sollen. Und die vom deutschen Volke gewählte Vertretung kann ihre Aufgabe nicht darin erschöpfen, die gehorhame Dienerin einer ernannten Regierung zu sein, sie muß als Repräsentantin des Volkswillens fräftig und selbständig in Erscheinung treten. Jeder Schritt, der nach dieser Richtung geht, muß und wird die entschiedenste Unterstützung der Sozialdemokratie finden.

Herr v. Bethmann aber könnte dem Lande keinen besseren Dienst erweisen, als wenn er selbst den notwendigen Uebergang zum parlamentarischen System erleichtert, sei es auch unter Gefährdung seiner persönlichen Stellung. Hätte er dem Fortschritt, dessen Verkünder er war, tatkräftig die Bahn gebrochen, und wäre er darüber gestürzt, er hätte dann die beste Aussicht gehabt, als Volkskanzler wieder aufzustehen.

In der langen Zeit des Krieges, in der wir unserer Kritik aus äußeren und inneren Gründen mancherlei Beschränkungen auferlegten, ist vielleicht doch einiges hinter die Schwelle unseres Bewußtseins zurückgetreten, woran zu erinnern jetzt äußerst nützlich ist. Das System, das wir vor dem Kriege bekämpften und dessen Erziehung durch das parlamentarische System wir anstreben und noch anstreben, hat sich keineswegs bewährt. Wenn die konservative Presse meint, daß die militärischen Erfolge auf das Fehlen des parlamentarischen Systems zurückzuführen sind, so ist das eine Behauptung, der jeder Beweis fehlt. Voll berechtigt ist aber das, was der nationalliberale Abg. Strefemann über die Zusammenhänge zwischen Regierungssystem und auswärtiger Politik gesagt hat. Das muß man anerkennen, auch wenn man mit seiner Kritik vom entgegengesetzten Ende ausgeht.

Die politischen Erfahrungen der letzten drei Jahre haben das System, durch das sich Deutschland von den übrigen Staaten unterscheidet, in seinem Bestande nicht befestigt. Das muß ganz offen ausgesprochen werden. Und ich sehe im Uebergang zum parlamentarischen System, der sich auf die Dauer ja doch nicht vermeiden läßt, keine großen Gefahren, wohl aber einen großen Vorteil.

Ein Regieren gegen die großen Volksmassen ist heute in keinem Lande der Welt möglich. Eine Verlegung des Regierungskurses nach rechts wäre ein so gefährliches Experiment, daß sich kein Mensch von gesunden Sinnen darauf einlassen kann. So haben wir alles Recht, unsere Hoffnung auf die Macht der Tatsachen und auf die Stärke unserer Ueberzeugungen zu setzen, nicht aber auf das Verbleiben einer bestimmten Persönlichkeit in ihrem Amte.

Was wir brauchen, ist nicht Vertrauen zu einem Manne, sondern Vertrauen zur Demokratie. Und haben wir Herrn v. Bethmann Beifall gezollt, wo er fast wider Willen zum Apostel der Demokratie wurde, um so mehr müssen wir auch jeden Schritt begrüßen, der uns der kommenden neuen Zeit wirklich entgegenführt. Einen solchen Schritt erwarten wir vom Verfassungsausschuß, dessen Einsetzung der Reichstag mit überwältigender Mehrheit beschlossen hat. Würde die Volksvertretung das begonnene Werk wieder fallen lassen, sie würde damit sich selbst und das deutsche Volk vor den Augen der ganzen Welt herabziehen. Die Sozialdemokratie muß mit ganzer Kraft dafür eintreten, daß dieser Ausschluß sachliche Arbeit leistet, ohne persönliche Nebenrücksichten, wie es die brennenden Forderungen der Gegenwart heißen, wie es dem Wohl und Willen des Volkes entspricht.

## Das Manifest der provisorischen Regierung.

Der Zarismus war der Inbegriff kriegerischer Eroberungspolitik und die russische Bourgeoisie fand, daß diese Politik ihren imperialistischen Wünschen entsprach. Als die Revolution den Kriegsmüde werdenben Zarismus mit Hilfe der Bourgeoisie, die den Krieg durch die Revolution sichern wollte, weggeführt hatte, stand also die imperialistische Säule der Eroberungspolitik noch. Gegen sie hat sich der zweite Akt der Revolution gerichtet, der jetzt zu einem Abschluß gelangt ist. Das Manifest der provisorischen Regierung bedeutet, daß der Wille der russischen Volksmassen dem imperialistischen Kriegsziel den Weg verlegt hat.

Diese Wendung, die mit Recht als eine Station auf dem Wege zum Frieden empfunden wird, hatte ihre Vorzeichen in den niedergestimmten Äußerungen führender Ententeblätter, auf deren symptomatische Bedeutung wir mehrfach hinwiesen. Daß das jetzt erlassene Manifest der Entente als ein Schlag ins Kontor erscheint, wird auch bereits durch Prestimmungen bestätigt. Herab, der ganz von den englisch-französischen Kriegsformeln gegängelt wird, ist außer sich. Denn der bedrückende Beweis ist nunmehr da, daß die Taktik, mit der Aussicht auf Ländergewinn Bundesgenossen für den Krieg einzugarnen, ihre lodende Kraft einzubüßen beginnt. Der Weg der Verständigung, den die Entente zu gehen sich weigerte, tritt wieder aus dem roten Kriegsmeldder hervor, und diesmal deutlicher als je bisher.

Aber die Entente gibt ihr Spiel nicht ohne weiteres verloren. Zwischen dem Manifest und den Friedensverhandlungen liegen noch Möglichkeiten. Aus den Kommentaren, die ihre Blätter der Erklärung der provisorischen Regierung geben, erhellt, daß die Einschränkung der russischen Kriegsziele auf die bloße Landesverteidigung von ihr als ein Faktum gebucht wird, mit dem sich neue Kriegsrechnungen treiben läßt. Dem zweiten Akt soll also ein dritter Akt folgen, in dem es an Versuchen, die russischen Völker, die für den Frieden arbeiten wollen, kriegsdiplomatisch hinter Licht zu

führen und übers Ohr zu hauen, nicht fehlen wird. Aber an den Sähen, die das Manifest über die wirtschaftliche Verwirrung Rußlands sagt, wird deutlich, wie ungeheuer schwer es sein wird, den Abbau des Krieges aufs neue in Kriegsdrang umzubiegen. Dazu kommt, daß das Manifest sicher keine Minderung des Einflusses der von England als der Vormacht der Entente in Rußland betriebenen Politik darstellt; es bezeichnet schon so etwas wie eine Niederlage, und dieser Faktor wird den Verlauf des dritten Aktes mitbedingen. Dritte Akte bereiten die letzte Entscheidung vor.

## Die Ursachen des Manifestes.

Amsterdam, 12. April. „Handelsblad“ erhält über London folgenden Bericht von Harold Williams aus Petersburg über das Manifest der provisorischen Regierung wegen der Kriegsziele: Die Frage der Kriegsziele beschäftigt im Augenblick das Interesse des Publikums in äußerst hohem Maße und ist in der letzten Woche der Gegenstand einer lebhaften Debatte gewesen. Die sozialistischen Parteien haben auf die Regierung einen starken Druck ausgeübt, um sie dazu zu bringen, unumwunden zu erklären, daß sie keine imperialistischen oder aggressiven Ziele verfolge. Die Sozialisten verlangten eine solche Erklärung als Bedingung für ihre Unterstützung der Fortsetzung des Krieges. Ein Interwiew, in dem Riljukow sich persönlich für die Auflösung von Oesterreich-Ungarn und für die Annexion Konstantinopels aussprach, verstärkte das Mißtrauen der Sozialisten und machte die Agitation wieder an. Die Lage wurde so ernst, daß die Regierung sich genötigt sah, die Erklärung abzugeben, daß sie nicht beabsichtige, fremdes Gebiet in Besitz zu nehmen oder andere Völker zu unterwerfen. Daher legte sie den größten Nachdruck auf die drohende Gefahr eines deutschen Angriffs und die Notwendigkeit energischen Widerstandes.

## Die Hintertür der Imperialisten.

Petersburg, 11. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Blatt „Netsch“, das die Meinung des Ministers des Äußeren widerspiegelt, bespricht den Erlaß der Regierung über die Kriegsziele und betont die Notwendigkeit, vor allem das Land zu verteidigen. Die Wahrheit müsse die Parteien eimen. „Netsch“ schreibt: Einige ganz extreme Parteien begehen einen schweren Fehler, indem sie alle natürlichen Bestrebungen, die Sicherheit nach außen und die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands zu gewährleisten, als Imperialismus bezeichnen. Indem die provisorische Regierung das Ziel abweist, die Macht Rußlands auf Kosten anderer Völker zu vergrößern, gestattet sie keineswegs die Möglichkeit einer Erniedrigung des Vaterlandes und einer Verringerung seiner Lebenskräfte und seiner unerbärlbaren Rechte. Gleichzeitig befähigt die Regierung, daß sie in vollem Umfange alle ihre Verpflichtungen gegenüber den Alliierten einhalten wird. Eine Aufgabe dieses Gedankenganges würde die russische Demokratie mit Selbstmord bedrohen. Die konkreten Friedensbedingungen werden vom Volk in enger Verbindung mit den Alliierten aufgestellt werden.

## Ein Tor für den Frieden im Osten.

Basel, 12. April. Die Schweizer Zeitungen, insbesondere der „Vund“ und die „Zürcher Post“ vom 11. April führen zu der Proklamation des Fürsten Lwow aus, sie werde für die Entwicklung der Friedensfrage von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein und ein Tor für den Frieden im Osten. Die Ansichten Riljukows über die Kriegsziele hätten anscheinend in der provisorischen Regierung keine Mehrheit errungen. Riljukow dürfte nur als vorübergehende Erscheinung im russischen Ministerium des Äußeren anzusehen sein.

## Gegen den Rat der Arbeiter und Soldaten.

Genf, 12. April. Wie der „Temps“ aus Petersburg berichtet, wird auf den Rat der Arbeiter und Soldaten von verschiedenen Seiten ein starker Druck ausgeübt, um ihn zur Unterwerfung unter die Beschlüsse der provisorischen Regierung zu bekommen. Es ist auch eine neue militärische Organisation geschaffen worden, die unter dem Titel „Rat der Offiziere und Soldaten“ dem revolutionären Rat der revolutionären Soldaten und Arbeiter entgegenwirken sollen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur berichtet, in einer Versammlung der Partei „Vaterland und nationale Armee“, die eine kadettische Gründung darstellen dürfte, sei von den Vertretern der Garnison Petersburg eine Entschliekung gefaßt worden, die dem Rat der Arbeiter und Soldaten zur Kenntnis gebracht werden soll. Alles, was die Kriegszielen von der Armee und der Arbeiterschaft für die „Fortführung des Krieges bis zum siegreichen Ende“ fordern, ist in dieser Resolution vereinigt.

## Die Haltung der Bauern.

Basel, 12. April. Dasas berichtet aus Petersburg: Der russische Bauernverband hat folgende Tagesordnung angenommen: Die russischen Bauern, die im Lande die erdrückende Mehrheit bilden, erklären, daß sie nur eine gesetzliche Regierung anerkennen, das ist die provisorische Regierung. Keine andere hat das Recht, Anordnungen politischer oder verwaltungstechnischer Natur zu treffen. Der Bauernverband billigt die Erklärungen der Regierung und fügt hinzu: Rußland soll eine Republik werden. Die Güter der Apanagen, Klöster usw. müssen enteignet werden, aber unter der Bedingung, daß die Besitzer in gerechter Weise entschädigt werden. Es soll ferner die Höchstgrenze an Landbesitz für jeden einzelnen festgelegt werden. Sobald als möglich ist ein Dekret zu erlassen, das den Unterrichtszwang allgemein einführt. Diese Vorschläge werden in der konstituierenden Versammlung durch den Bauernverband vertreten werden.

Saparanda, 10. April. Auf dem Petersburger Kongreß der Kadettenpartei haben Redner hervor, die Stimmung der russischen Landbevölkerung sei in zwei Strömungen geteilt. Die bäuerliche Intelligenz sei für die Republik, der Rest der Bauernbevölkerung für den Zaren. Infolgedessen sei die Gefahr von Unruhen auf dem Lande sehr groß. Direktiven seitens der Regierung seien dringend erforderlich. Für die Einberufung der konstituierenden Versammlung sei Eile nicht geboten, namentlich in bäuerlichem Interesse wegen der Feldbestellung sowie wegen der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland.

## Axelrod an Tschcheidt.

Das „Auswärtige Sekretariat des Organisationskomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“, unterzeichnet V. Axelrod, P. Martow und Genossen, richtet einen offenen Brief an Genossen Tschcheidt, in dem es die russischen Arbeiter vor den von den

französischen und englischen sozialistischen Parteien nach Petersburg entsandten Deputationen warnt. Den französischen und englischen Sozialisten wird in diesem Schreiben vorgeworfen, daß sie nichts gegen die von der englischen und französischen Regierung und Presse unternommenen Versuche täten, die darauf abzielten, in Rußland die Konturrevolution zu fördern. Die Deputierten Lafont, Moutet und Cahin seien als die offizielle Agenten der französischen Regierung unter Billigung der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten nach Rußland gegangen, um das russische Proletariat in nationalitätem Sinne zu bearbeiten. Diese Deputierten hätten seiner Zeit nichts unternommen, als in Frankreich elf russische Freiwillige hingerichtet wurden und als die französischen Behörden bei der brutalen Niederwerfung des Aufstands des russischen Hilfskorps in Marseille, der durch zaristische Probokateure in Szene gesetzt worden sei, mitgeholfen hätten. Das Proletariat Frankreichs und Englands würde sich nicht minder als das Rußlands und Deutschlands nach dem Frieden sehnen. Das D. A. der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, das auf dem Boden der Zimmerwälder Beschlüsse steht, fordert die Petersburger und Moskauer Arbeiter auf, die Ratschläge dieser „Gesandten der imperialistischen Diplomatie“ unter Verurteilung auf den Vorkriegsstand und die Pariser Kommune abzulehnen.

## Organisation der Ernährung.

Petersburg, 11. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die provisorische Regierung hat einen Erlaß veröffentlicht, wonach die Bestände der Getreide- und Futtermittelernie 1916 sowie die gesamte Ernte 1917 außer den zur Aussaat und zur Versorgung der Bauernfamilien nötigen Getreide- und Futtermitteln dem Staate zur Verfügung gestellt werden müssen. Auf Turkestan und Transkaukasien findet diese Maßregel keine Anwendung. Gleichzeitig ordnet die Regierung an, daß örtliche Versorgungsorgane aus Vertretern von Städten, Bauern, Arbeitern usw. gebildet werden sollen.

Stockholm, 12. April. Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, führt die in Finnland herrschende Lebensmittelnot fast täglich zu heftigen Kundgebungen, sowohl in Helsinki als in anderen Städten. In Petersburg begann am 8. d. M. die Einführung der Brotkarte. Laut „Aufsicht Solowo“ bereitet die Brotfrage in Moskau Schwierigkeiten, da die erforderlichen Mehlmengen einstweilen vollkommen unzureichend sind.

Petersburg, 11. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein Erlaß der provisorischen Regierung verfügt, daß den zuständigen Ministerien die Kapitalien, Grundstücke, Minen, Fabriken und Anlagen zugewiesen seien, die dem früheren Zaren gehören.

## Vorarbeiten für ein russisches Getreidemonopol.

„Allgemeines Handelsblad“ meldet aus Petersburg vom 9.: Der Landwirtschaftsminister hat vor Mitgliedern der Duma die Grundlagen eines Gesetzentwurfes zur Monopolisierung des Getreidehandels dargelegt. Nach kurzer Debatte wurde der Vorschlag des Ministers einstimmig angenommen.

Die Monopolisierung des Getreidehandels stand in Rußland schon lange auf der Tagesordnung. Im Anschluß an das sich sprunghaft entwickelnde Genossenschaftswesen soll der Zwischenhandel ausgeschaltet, ein ständiger Preis verbürgt und die Lagerungsmöglichkeit durch neue Speicher erweitert und verbilligt werden. Die Folgen, die ein Getreidemonopol für Rußlands Finanzen haben würde, sind natürlich nicht im Voraus zu übersehen, am wenigsten auf Grund eines lakonischen Telegramms. Nur so viel kann gesagt werden, daß sich das staatsfinanzielle Interesse mit dem stärksten Protektionismus hier berührt.

## Abschaffung kirchlicher Vorrechte.

Haag, 11. April. Aus Petersburg wird gemeldet: Eine Regierungsverfügung schafft alle Vorrechte für Geistliche und Mönche ab.

## Heimkehr aus Sibirien.

Petersburg, 12. April. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier ist nach 35jähriger Verbannung aus Sibirien Frau Breschko Breschlowa, die den Beinamen „Großmutter der russischen Revolution“ führt, angekommen. Sie wurde am Bahnhof vom Justizminister Krenski, einer unzähligen Menge und Abordnungen von Arbeitern mit großer Begeisterung empfangen.

## Kongreß der russischen Juden.

Haag, 11. April. Das hiesige jüdische Korrespondenzbureau meldet, daß das jüdische Zentralkomitee einen Kongreß der russischen Juden nach Petersburg einberufen hat.

## Der Krieg auf den Meeren. Seesperrung und Versenkungen.

### Die Minensperre der Kogrundrinne.

Stockholm, 11. April. (Meldung von Svenska Telegrambyran.) Mit Bezug auf die Meldung aus Ralmö über die Wiedereröffnung der Kogrunddurchfahrt (die als eine englischfreundliche Handlung angesehen werde. Die Red.) hebt der schwedische Mitarbeiter der Seefahrtabteilung in „Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning“ hervor, daß die Minensperre keineswegs beseitigt ist. Es handle sich nur darum, daß die Durchfahrt, die infolge des Eisganges auch für den rechtmäßigen Verkehr innerhalb der Schären gesperrt gewesen ist, jetzt wieder geöffnet sei. Auch eine Veränderung in der Minensperre sei nicht durchgeführt. Die Meldung habe ein unverdientes Aufsehen erregt, entbehre aber jeder politischen Bedeutung.

Kristiania, 12. April. Wie „Tidens tegn“ meldet, haben die norwegischen Regierungen allein im März und April von dem auf amerikanischen Werften für norwegische Rechnung bestellten Schiffraum 200 000 Tonnen im Wert von über 200 Millionen Kronen verkauft, wobei sie an der Tonne 400 bis 500 Kronen verdienten.

Kopenhagen, 11. April. Der dänische Dreimast-Stahlbooner S. S. Linnumann von Marsial, von Göteborg nach Casablanca unterwegs, ist im Atlantischen Ozean torpediert worden. Der Kapitän, der zweite Steuermann und zwei Mann wurden dabei getötet, drei schwer verletzt, nur zwei blieben unverwundet.

Rotterdam, 11. April. Der „Rotterdamische Courant“ entnimmt aus südafrikanischen Blättern die Nachricht, daß der Dampfer

Cecilia, 8750 Tonnen, an der südafrikanischen Küste gesunken ist.

Kristiano, 12. April. Nach einem in Grimstad eingetroffenen Telegramm wurde der Dampfer Thelma am Freitagmorgen von einem deutschen U-Boot versenkt. Das Schiff war mit Kohlenladung von England nach Frankreich unterwegs.

### Die Wirksamkeit des U-Boot-Krieges.

An leitender Stelle wird in der Schiffbau-Wochenausgabe des Liverpooler „Journal of Commerce“ vom 29. März ausgeführt: Nur mit gemächten Gefühlen kann man die U-Boot-Frage betrachten. Es fehlt zwar nicht an ausreichendem Stoff zum Nachdenken, aber Anlaß zum Verzweifeln besteht nicht. Die Statistiken, welche einige maßgebende Ziffern nicht miteinschließen, zeigen eine beträchtliche Zunahme in der Zahl der Schiffe, welche unsere Häfen mit Zufuhren erreichen. Aber dieser befriedigende Zustand wird aufgewogen durch die Tatsache, daß der letzte Bericht eine Abnahme zeigte, woraus klar hervorgeht, daß die Wirksamkeit des Krieges gegen die Handelsflotte keine Abnahme aufweist. Die Zahl der Schiffverluste ist ungefähr die gleiche, außerdem ist eine große Anzahl von Fischerbooten abunken, zwei Minensucher wurden gesprengt. Demgegenüber sei die Tatsache hervorgehoben, daß die Zahl der ergebnislos angegriffenen Schiffe gestiegen ist, ein Beweis, welcher hoffentlich die Bewoohnung von mehr Schiffen veranlaßt.

Alles in allem ist klar, daß der Feind noch eine große U-Boot-Flotte an der Arbeit hat, und daß die Zahl der zerstörten Schiffe augenblicklich über unsere Kraft, Ersatz zu schaffen, hinausgeht, außer durch Ankauf. Durch Kauf erworbene Schiffe aber gehen tatsächlich von unserer Flotte ab. Auch die Franzosen haben eine Anzahl Handelsdampfer verloren und zudem noch die Vernichtung eines ihrer großen Kriegsschiffe zu beklagen. Ferner sind einige amerikanische Schiffe das Opfer von Minen oder U-Booten geworden. Die Aufzählung dieser Verluste stellt aber nur die eine Seite des Problems dar. Was die andere Seite betrifft, nämlich die Abwehrmaßnahmen, so müssen zwar gute Gründe für die Politik des Stillhaltens vorhanden sein, aber viele Leute bei uns glauben doch, daß diese Politik zu weit geht und daß über die neuen Schiffspläne und Arbeiterunruhen jetzt Mitteilungen gemacht werden müßten.

In ihrer Wochenschau vom 21. März hebt die „Nation“ als bemerkenswert hervor, daß in der vorletzten Woche 29 und in der letzten 68 Schiffe von U-Booten angegriffen wurden. Der Unterschied in der Zahl der dem Angriff ausgesetzten Schiffe beläuft sich nur auf 39 u. S. und daher wies die letzte Woche eine außerordentliche Beschleunigung der U-Boot-Tätigkeit auf. Es ist notwendig im Auge zu behalten, daß diese Frage entscheidend für den Krieg ist.

### Die Kämpfe an der Westfront.

Berlin, 12. April. (B. L. W.) Auch am dritten Tage der Schlacht von Arras ist den Engländern der beabsichtigte Durchbruch nicht geglückt. Nachdem die deutschen Linien elastisch zurückgebogen wurden und die Engländer gezwungen waren, die Basis ihrer angehäuften Artilleriemassen zu verlassen, die ihnen den Anfangserfolg des 9. ermöglichte, darf heute die Lage als ausgeglichen angesehen werden. Die beiden Gegner liegen in schmerzlichen Ringen, das sich an einzelnen Brennpunkten zur heftigsten Schlacht steigerte. Trotz dem Einsatz von Massenwellen, Panzergeschwadern und Kavallerie konnten die Engländer, die auch vor den größten Opfern nicht zurückweichen, um diesmal einen entscheidenden Erfolg zu erzielen, kaum nennenswerte Vorteile erreichen. Besonders schwer waren ihre Verluste bei den gemeldeten Angriffen bei Vimy und Cambouy. Feindliche Kavallerieattachen beiderseits der Scarpe brachten überall unter schweren englischen Verlusten im Feuer zusammen. In der Gegend Roubille-Vitasse gerieten marschierende feindliche Infanteriekolonnen in unser Artilleriefeuer und wurden zersprengt.

Besonders schwer waren die Kämpfe südlich der Scarpe. Bei Bullecourt, wo die Engländer schon am frühen Morgen einen Massenangriff ansetzten, erlitten sie eine schwere Niederlage. Sämtliche Angriffe brachen unter außerordentlich schweren Verlusten für sie zusammen. Wo es ihnen gelungen war, in die deutschen Stellungen einzudringen, wurden sie vernichtet oder gefangen genommen. Die Zahl der Gefangenen übersteigt, wie gemeldet, 1000. Die englischen Panzergeschwader, die in den Kampf eingriffen, fanden größtenteils ein rasches Ende. Drei Viertel der Panzertwagen wurden vernichtet. Sie liegen zum Teil in den deutschen Linien, zum Teil unmittelbar davor. Der Erfolg der hier kämpfenden Truppen ist dem schnellen Gegenangriff erprobter Sturmkolonnen und Infanterie zu verdanken. Die Engländer wurden in ihre Ausgangsstellung zurückgeworfen. Auch in der Luft wurde bei Arras heftig gekämpft. Allein im Kampfsgebiet bei Scarpe wurden neun feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Zwischen Soissons und der Champagne tobt ein außerordentlich heftige Artillerieschlacht. In der Gegend von Craonne brach der Franzose 8 Uhr abends nach einständigem Trommelfeuer etwa in 1 Kilometer Breite in mehreren Sturmwellen vor. Im Handgranatenkampf, stellenweise durch Gegenstoß, wurde der Angriff restlos abgeschlagen. Es blieben Gefangene in unserer Hand.

### Feindliche Kriegsberichte.

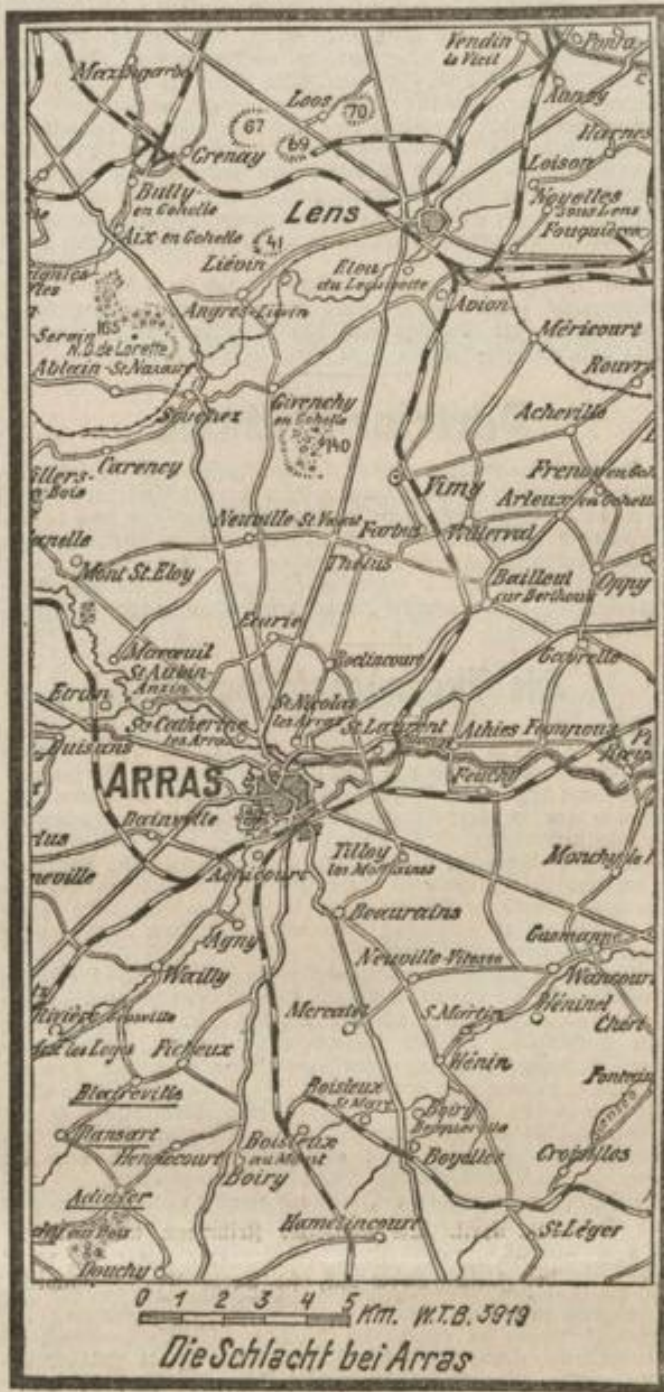
Englischer Heeresbericht vom 11. April nachmittags. Die Lage entwickelt sich sachgemäß dem allgemeinen Plane günstig. Das Dorf und die Anhöhen von Monchy le Preux und Laberge wurden frühmorgens von uns genommen, an den anderen Teilen der Schlachtfrent wurden befriedigende Fortschritte gemacht.

Vom 11. April abends. Den ganzen Tag über ist andauernd dichter Schnee gefallen, der die Beobachtung unmöglich machte und die Operationen stark behinderte. Ein Gegenangriff in der Nachbarschaft von Monchy le Preux wurde erfolgreich abgeschlagen. Bei Monchy eingebrachte Gefangene erklären, daß sie Befehl hatten, das Dorf um jeden Preis zu halten. Weiter südlich gelang es unseren Truppen in die deutschen Stellungen bei Bullecourt einzudringen, wobei sie eine Anzahl Gefangene machten. Am Mittag wurden sie durch einen von starken feindlichen Kräften ausgeführten Gegenangriff gezwungen, sich auf ihre eigenen Linien zurückzuziehen. Die anrückenden feindlichen Truppen wurden von unserer Artillerie wirksam unter Feuer genommen und erlitten schwere Verluste. Unsere Flugzeuge waren gestern wieder tätig und vertriehten trotz des starken Westwindes und häufiger Schneestürme im Zusammenwirken mit der Infanterie wertvolle Arbeit. Es wurden nur wenige feindliche Flugzeuge gezeichnet und alle unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück.

Französischer Heeresbericht vom 11. April nachmittags. Die Artillerietätigkeit hält in der Gegend der Somme und der Duse an. Patrouillengefächte an verschiedenen Punkten der Front verschafften den Franzosen Gefangene. Südlich der Duse schloß ein deutscher Versuch gegen einen kleinen Posten östlich von Couch unter unserem Feuer. Bei Maisons de Champagne während der Nacht lebhafter Handgranatenkampf. Im Priefterswalde ziemlich heftiger Artilleriekampf. Nördlich von Arras

brachten französische Patrouillen Gefangene ein. In der Gegend von Van de Sayt fügten die Franzosen bei einem Einbruch in die deutschen Linien nördlich von La Fontenelle dem Gegner Verluste zu.

Vom 11. April abends. Nimmlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von St. Quentin. Südlich der Duse drängte der Feind nach lebhafter Beschichtung eine unserer Abteilungen nordöstlich von Verneuil sous Coucy zurück, wir warfen ihn durch einen Gegenangriff sofort wieder aus unseren Stellungen. Starke Tätigkeit der beiden Artillerien in der Gegend von Verhy-au-Vac und La Pompelle sowie an verschiedenen Punkten der Champagne-Front. Im Priefterswalde unterhielten wir wirksames Geförungsfeuer auf die deutschen Anlagen.



### Kämpfe am Tigris und Diala.

Konstantinopel, 11. April. Amtlicher Heeresbericht vom 10. April abends. Fronten. Seit zwei Tagen hat die Gefechtsintensität am Lebhaftigkeit wieder zugenommen. Auf dem rechten Tigrisufer warf unsere Kavallerie die feindliche Vorhut zurück und sicherte dadurch ihrem Gros die freie Bewegungsmöglichkeit zum planmäßigen Einnehmen einer neuen Stellung. Auf dem linken Tigrisufer stehen unsere Truppen in Gefechtsberührung mit dem Gegner. Am gestrigen Tage fand lebhafteste Artillerie- und Infanteriefeuer statt. Auf dem nördlichen Dialauser drängten unsere vorgeschobenen Truppen eine feindliche Kavalleriedivision 15 Kilometer weit zurück, wo sie erneut Widerstand leistete. Weiter nordöstlich hatte ein durch Artillerie und Maschinengewehre unterstütztes feindliches Kavallerieregiment die Diala überschritten. Dieses Regiment wurde von unserer Kavallerie über den Fluß zurückgeworfen. Da es dem Gegner nicht gelang, seine erste Uebergangsstelle zum Rückzug zu benutzen, ertranken viele feindliche Reiter im Dialafluß. An der persischen Grenze östlich Rewanduz gelang es unseren Truppen, nicht nur den Angriff der an Zahl überlegenen Russen abzuwehren, sondern auch durch Gegenangriff den Feind 20 Kilometer weit in östlicher Richtung zurückzutreiben.

Konstantinopel, 11. April. Amtlicher Bericht vom 11. April. Fronten. Unseren berittenen Truppen gelang es, südlich Jellubcha zwei englische Kompagnien zu zwingen, vom rechten auf das linke Euphrat-Ufer überzugehen. Hierbei wurden 5 Engländer gefangen und 30 getötet. Weiterseits des Tigris kam es zu keiner Gefechtsintensität. Der Vormarsch unserer Truppen auf das südliche Diala-Ufer forciert fort. Die vor ihrer Front befindlichen feindlichen Kavalleriedivisionen wurden dreimal aus ihren Stellungen geworfen.

Englischer Bericht aus Mesopotamien vom 10. April. Die Türken, die, wie am 6. April berichtet wurde, in der Richtung auf Risri zurückgingen, beabsichtigen nunmehr eine konvergierende Bewegung im Zusammenhang mit den Türken auf dem linken Ufer des Tigris gegen die englischen Streitkräfte zwischen den Klüften Schatt el Adhain und Diala und halten die Russen am Oberlauf der Diala auf. Unsere Truppen meldeten am 8. April die Besetzung des linken Ufers des Schatt el Adhain. Wir nahmen Belad und Karbe, Stationen nordnordwestlich von Bagdad, und machten am Sonntag 209 Gefangene.

### Die kommende Tagung des österreichischen Reichsrats.

Wien, 12. April. Der Vorstand des deutschen Nationalverbandes hielt vormittags eine mehrstündige Sitzung ab, woran auch der Handelsminister Dr. Urban teilnahm. In der Sitzung wurde neuerlich die innere politische Lage und die Frage der Einberufung des Reichsrates sowie die Schaffung von Vorbedingungen hierfür eingehend erörtert. Im Laufe der Erörterungen teilte der Handelsminister mit, daß der Zusammentritt des Reichsrates für Ende Mai in Aussicht genommen sei.

### Die Wahlrechtsfrage in Ungarn.

Budapest, 12. April. Wie der „Nz Est“ meldet, beschloßen die Oppositionsparteien unter dem Eindruck der Osterbotschaft Kaiser Wilhelms, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu setzen. Im Auftrage der katholischen Volkspartei schrieb gestern der Abgeordnete Stephan Haller in das Antragsbuch des Abgeordnetenhauses: Das Haus möge die Regierung anweisen, daß sie in kürzester Zeit, jedenfalls noch in dieser Session, dem Parlamente einen Entwurf eines zeitgemäßen und demokratisch-reformierten ungarischen Wahlrechts unterbreite.

### Verfassungsänderungen in Schweden.

Im schwedischen Reichstage stellte die sozialdemokratische Fraktion erneut einen Antrag über Erweiterung des kommunalen und politischen Stimm- und Wahlrechts, wonach u. a. auch Frauen volle politische Rechte erhalten sollen. Reichstagsabgeordneter Lindhagen und Genossen (Sozialdemokratische Linksgruppe) haben die Abschaffung der Ersten Kammer des schwedischen Reichstages beantragt.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Der „Telegraaf“-Prozess. Meldung der Netherlandisch Telegraaf Agentenschap. Das Mitglied der Zweiten Kammer Handel hat an den Minister des Neuhern wegen der in den Blättern veröffentlichten Nachricht, daß die Gesandten von Frankreich und Italien wegen des Prozesses Schröder bei dem Minister des Neuhern interveniert haben, eine schriftliche Interpellation gerichtet.

### Letzte Nachrichten.

#### Keine Ministerkrise in Spanien.

Französische Blätter berichteten in den letzten Tagen von Gerüchten über eine vielleicht in Spanien bevorstehende Ministerkrise. Jetzt meldet „Depeche de Lyon“ aus Madrid: „Liberal“ will wissen, daß die Ministerkrise „infolge der ernstigen Probleme, welche durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten akut geworden seien“, verschoben wurde. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit der Lage Spaniens hinsichtlich dessen Ueberseehandel, sowie der Kohlen- und Getreideversorgung, die zum größten Teil durch Amerika erfolgt.

#### Chile bleibt neutral.

Von der italienischen Grenze, 12. April. („Adn. Itg.“) Die sienesische Regierung bekräftigt nach einer Meldung der „Agenzia Americana“ aus Santiago die Aufrechterhaltung strikter Neutralität.

#### Brasilien's Bruch.

Basel, 12. April. Gavas meldet aus Rio de Janeiro: Der Protokollführer für die Vorkämpfer wird sich nach Petropolis begeben, und dem deutschen Gesandten Pauli die Note der Regierung und seine Forderungen übergeben. Gleichzeitig wird er ihm mitteilen, daß die Regierung Pauli den Dampfer „Rio de Janeiro“ zur Verfügung stellt, der ihn mit dem Personal der Gesandtschaft und des Konsulats nach Europa bringen wird. Die Regierung hat den Gesandten Don Ameral beauftragt, Berlin zu verlassen.

#### Friedensdemonstrationen.

Lugano, 12. April. Nach einer Meldung des „Avanti“ organisieren die mailändischen Sozialisten große Friedensdemonstrationen für den Mai.

#### Holland, der Krieg und die Jollpolitik.

Haag, 12. April. Meldung des Korrespondenz-Bureaus. Der Minister des Innern Cori van der Linden sagte in der Budgetrede in der Ersten Kammer u. a.: Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird die Lage und die Grenzen des Völkerrechts werden immer enger gezogen. Wir leiden unter dem U-Boot-Krieg und unter der Blockadepolitik, aber wir behaupten unseren Standpunkt, welchen von unserer strikten Neutralität nicht ab und sind bereit, unser Gebiet gegen jeden Angreifer zu verteidigen. Die Kriegführenden schädigen uns durch ihre Kampftat und unsere Neutralität schadet ihren Interessen. Der Minister legte Nachdruck darauf, daß Holland weder für einen noch der anderen Partei Gefälligkeit erweise, sondern nach bestem Wissen tue, was ihm recht erscheint. Er fuhr fort: Wir werden immer einsamer und gewinnen durch unsere Handlungen weder die Liebe der einen noch die der anderen Partei, aber wir werden uns wohl die Achtung bewahren, auch für spätere Zeit.

Der Minister des Innern schloß seine Erklärung folgendermaßen: Nach dem Kriege wird unser Land eine vermittelnde Rolle zwischen den Großmächten einnehmen. Diese kann für uns eine Quelle des Wohlstandes werden, aber wenn wir dann versuchen, Mavern aufzurichten und gegen die harten Kombinationen von Mächten einen wirtschaftlich-politischen Kampf zu führen, so würde unsere Jollpolitik weder auf industriellem Gebiete noch auf dem Gebiete des Handels und etwas anderes einbringen, als eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz. Eine Erhöhung der Zölle ist ein Mittel, das für ein kleines Land wie das unsrige von den allergefährlichsten Folgen begleitet sein kann.

#### Eine Flucht übers Meer im Segelboot.

Amsterdam, 12. April. Die „Manila Weekly Times“ berichten: Der Kapitän E. Sörensen und zwei Matrosen Iversen und Loft von dem in Batavia internierten deutschen Dampfer Maria beschloßen zu fliehen, um zu versuchen, auf dem Wege über die Philippinen die Heimat wieder zu erreichen. Mit noch zwei anderen Deutschen Wells und Wiler unternehmen die Seelute die 1500 Seemeilen lange Fahrt nach Mindanao in einem nur 20 Fuß langen offenen Segelboot. 60 Tage lang kämpften die tapferen Männer mit Sturm und schwerem Seegang, der ihr gezeichnetes Fahrzeug stündlich zu vernichten drohte. Während der ganzen Zeit stand das Wasser stets knietief in dem Boote. In den letzten beiden Wochen gingen ihre Lebensmittelvorräte aus, so daß sie bei der endlichen Ankunft in Celebes dem Hungertode nahe waren. Trotzdem wagten sie nach einigen Wochen Erholung in Celebes die Weiterfahrt im gleichen Boote nach den Philippinen. Nach unendlichen Mühseligkeiten glückte auch dieses Wagnis und die tapferen Seelute kamen unversehrt in Manila an.

#### Englischer Dampfer im Mittelmeer torpediert.

Lugano, 12. April. Der „Secolo“ meldet: Der englische Dampfer „City of Paris“ ist am 4. April im Mittelmeer torpediert worden. Gestern landete ein Teil der Besatzung dieses Dampfers an der ligurischen Küste, in der Nähe von Porto Ventimiglia. Mit den Leuten der „City of Paris“ kamen einige Mann des gleichfalls torpedierten Dampfers „Britannia“ sowie einige Ueberlebende des Dampfers „Berbera“ an.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Weitere Teuerungszulagen im Malergewerbe.

Die erste allgemeine Teuerungszulage im Malergewerbe wurde vom 1. März 1916 an festgesetzt, und zwar nach vorausgegangen Verhandlungen der beteiligten Unternehmer und Gehilfenverbände unter Mitwirkung des Direktors im Reichsamte des Innern. Die Zulage betrug in Städten mit neunstündiger Arbeitszeit 6 Pf. in Städten mit einer längeren Arbeitszeit 5 Pf. für die Stunde, sie sollte gelten bis 15. Februar 1917; wenn bis 31. Dezember 1916 jedoch mit einer der mit Deutschland im Kriege befindlichen europäischen Großmächte noch kein Frieden geschlossen sei, sollte sie bis 15. Februar 1918 bestehen bleiben. Dieser Fall ist nun eingetreten. Danach hätte die im Vorjahre vereinbarte Zulage also auch dieses Jahr noch zu gelten, wollten die Unternehmer auf dem toten Buchstaben der getroffenen Abmachungen beharren und nicht anerkennen, daß bei den vorjährigen Verhandlungen niemand mit einer so langen Dauer des Krieges rechnete. Vor allem äbnte damals aber kein Mensch, daß die Teuerung insbesondere der Lebensmittel, eine solche Steigerung annehmen konnte, so daß sich inzwischen die meisten anderen Gewerbe wiederholt zu höheren Teuerungszulagen bereit fanden und die Industrie Löhne zahlte, die viele Maler-, Lackierer- und Anstreichergehilfen veranlaßte, ihrem erlernten Beruf zu kehren. Dieses Abströmen zahlreicher und zwar gerade der leistungs- und anpassungsfähigsten Arbeitskräfte erfüllt die beteiligten Meister- und Gehilfenkreise des Malergewerbes mit einer gewissen Sorge um die Zukunft ihres Berufes, insbesondere wenn an diesen nach Friedensschluß wieder größere Anforderungen gestellt werden. Und man ist sich auf beiden Seiten klar darüber, daß dem nur Einhalt getan werden kann, wenn die Einkommensverhältnisse der Arbeiter des Malergewerbes im Einklang mit denen anderer gleichartiger Gewerbe, von denen sie sich die letzten Jahre immer mehr entfernten, gebracht werden.

Das kam auch deutlich zum Ausdruck bei den Verhandlungen, die zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern im November vorigen Jahres über gemeinsame Schritte zur Hebung des Berufes durch Heranziehung und sachliche Ausbildung eines genügenden gewerblichen Nachwuchses, zur Beschaffung vermehrter, und zwar besonders gediegener Arbeiter, zur gleichmäßigen Verteilung der Arbeiten auf alle Zeiten des Jahres, zur Regelung des Arbeitsmarktes und der Preisgestaltung für die auszuführenden Arbeiten usw. gepflogen wurden.

Darum regte schon damals der Vorstand des Malerverbandes in Uebereinstimmung mit den übrigen Gehilfenorganisationen an, daß bei aller Anerkennung der bestehenden Vereinbarung doch demnächst Stellung zu einer besonderen Zulage genommen werden möge. Die Unternehmervertreter nahmen diese Anregung, ohne sich zunächst dazu zu äußern, entgegen. Anfang Februar war der Verband der Maler die Frage erneut auf und am 13. Februar unterbreitete er die Wünsche der Gehilfenverbände Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar. Dieser erachtete das Vorgehen als durchaus gerechtfertigt durch die ganz außerordentlichen, vor einem Jahre nicht vorauszulebenden Verhältnisse. Die Anträge der Gehilfenverbände wurden hierauf unanwesend dem Unternehmerverband übermittelt. Dieser stellte durch Umfrage bei seinen Gauverbänden auch bei diesen Uebereinstimmung über die Notwendigkeit einer nochmaligen besonderen Teuerungszulage fest. Nur darüber verblieben zunächst einige Meinungsverschiedenheiten, ob die Zulage zentral oder örtlich festgesetzt werden sollte.

Hierauf hat der Vorstand des Unternehmerverbandes auf dringende Veranlassung des Reichsamtes des Innern und die von diesem gegebene Erklärung hin, daß er bei den in Betracht kommenden Behörden für eine entsprechende Erhöhung der Preise für Malerarbeiten eintreten werde, zugestimmt, daß er bei seinen Gau- und Ortsverbänden für eine nochmalige Teuerungszulage von mindestens der vorjährigen bis zu deren doppelte Höhe wirken werde.

Ueber das Resultat dieser Bemühungen liegen offizielle Mitteilungen erst aus dem Gau Norddeutschland des Unternehmerverbandes vor. Danach wurde dort beschlossen, zu der vorjährigen Zulage zu zahlen: in Kiel 17 Pf., in Bremen, Hamburg, Altona, Eibsdorfer, Wandsbef, Wilhelmsburg 9 Pf., und in einer Reihe kleinerer Städte 7 und 5 Pf., Hannover zahlt 13 Pf. — Auch die Leitung des Bundes deutscher Dekorationsmaler hat sich entschieden für die Notwendigkeit einer nochmaligen erhöhten Zulage erklärt.

## Frauenarbeit im Steindruckgewerbe.

Auch im Steindruckgewerbe machten sich seit einiger Zeit Bestrebungen der Unternehmer geltend, zur Einstellung von Frauen überzugehen. Jetzt sind nun zwischen dem Unternehmer-Schauverband Deutscher Steindruckereiführer und dem Gehilfenverband der Lithographen und Steindrucker diesbezügliche Vereinbarungen abgeschlossen worden, die für das ganze Steindruckgewerbe gelten sollen. Hiernach werden jedoch nicht nur Frauen, sondern auch männliche Erbschaftskräfte zur Beschäftigung im Gewerbe zugelassen. Darunter sind besonders Ueberläufer aus verwandten gelerntem Berufen in Aussicht genommen. Die Zulassung von Erbschaftskräften soll aber nur eine Kriegsmäßigkeit sein. In den abgeschlossenen Vereinbarungen ist Vorsorge getroffen, daß nach Beendigung des Krieges die Arbeitsplätze für die rückkehrenden Krieger wieder freigemacht werden. Nachfolgend geben wir den Wortlaut der abgeschlossenen Vereinbarungen wieder:

### Vereinbarungen für das deutsche Steindruckgewerbe über die Einstellung von Erbschaftskräften.

Um dem eingetretenen Mangel an gelerntem Arbeitskräften in der Steindruckerei abzuhelfen, wird während des Krieges die Einstellung von weiblichen und anderen Erbschaftskräften unter nachfolgenden Voraussetzungen zugelassen:

Falls eine Firma Erbschaftskräfte einstellen will, so hat sie sich selbst oder durch den Kreisvertreter des Schauverbandes mit dem Gauvertreter der Gewerkschaft in Verbindung zu setzen. Wenn dieser nicht innerhalb einer Woche einen geeigneten Gehilfen zu geschäftlichem Lohn stellen, so steht der Firma die Einstellung der Erbschaftskräfte frei.

Differenzen werden nach § 8 erledigt. Falls die Entscheidung des Schiedsgerichts gegen den Arbeitgeber ausfällt, so muß dieser die angebotene Ausbildungskräfte spätestens innerhalb 14 Tagen wieder einlassen.

Die Firma, welche Erbschaftskräfte einstellen will, hat eine schriftliche Erklärung zu Händen des Vorstandes des Schauverbandes abzugeben, in der die Innehaltung der nachfolgenden Bedingungen anerkannt wird. Dem Vorstand des Gehilfenverbandes ist auf Anfrage Auskunft darüber zu geben. Auf Wunsch kann der Unparteiische jederzeit die Unterchriften einsehen.

### Bedingungen über die Beschäftigung der Erbschaftskräfte.

§ 1. Die Einstellung von Erbschaftskräften erfolgt in der Steindruckerei (Lithographie, Andruckerei und Maschinendruckerei).

§ 2. Die Ausbildungszeit für Erbschaftskräfte beträgt 19 Wochen. Dieser Zeit kann eine vierwöchige Probezeit vorausgehen.

§ 3. In der Ausbildungszeit darf der Lohn 20 Proz. weniger als der im § 2 der Vereinbarungen vom 27. Januar 1912 genannte Mindestlohn betragen. Nach der Ausbildungszeit muß für die Dauer von 4 Wochen als Lohn mindestens der örtliche Minimallohn für ausgebildete Gehilfen (§ 2 der Vereinbarungen) gezahlt werden. Nach dieser Zeit muß der örtliche Minimallohn um 20 Proz. erhöht werden.

§ 4. Die Prinzipale können mit den heranzubildenden Erbschaftskräften längere Kündigungsfristen vereinbaren. Die Vereinbarungen müssen aber die Zustimmung enthalten, daß beide Vertragsparteien nur auf die Dauer des Krieges zur Innehaltung dieser Kündigungsfristen verpflichtet sind. Bei Friedensschluß tritt für

die Erbschaftskräfte die Kündigungsfrist nach § 10 der Vereinbarungen in Kraft.

§ 5. Die Entlassung der Erbschaftskräfte braucht erst zu erfolgen, wenn der Gehilfenverband für jede Sparte durch seine Arbeitsnachweise entsprechende Gehilfen zu stellen in der Lage ist.

§ 6. Die mit Erbschaftskräften vor dem Abschluß dieser Vereinbarungen während des Krieges geschlossenen Verträge sind diesen Vereinbarungen anzupassen.

§ 7. Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe wird seine Mitglieder anweisen, der Einstellung von Erbschaftskräften keine Schwierigkeiten zu bereiten und denselben während und nach der Ausbildungszeit beihilflich zu sein.

§ 8. Die Erledigung von Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen obliegt zunächst den beiden Orts- resp. Kreisvertretern und Gausvorständen und in zweiter Instanz den beiden Zentralen, denen alle Streitigkeiten sofort gemeldet werden müssen. Die beiden Zentralen haben sich im einzelnen Falle über die Beilegung von Differenzen mit unauflösender Bescheinigung zu verständigen. Inzwischen den beiden Zentralen eine Einigung nicht zu erzielen, so entscheidet endgültig und bindend für beide Teile eine Kommission von drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Vorsitz eines Unparteiischen. Vor der definitiven Entscheidung dürfen von keiner Seite irgendwelche Maßnahmen (Kündigungen, Sperre, Verweigerung von Ueberstunden, Zurückhalten mit der Arbeitsleistung usw.) ergriffen werden.

Als letzter Schritt nach vorwärts ist das im § 8 zu bildende Schiedsgericht unter Vorsitz eines Unparteiischen zu bezeichnen. Damit haben die Vereinbarungen des Gehilfenverbandes endlich Erfolg gehabt.

## Parteinachrichten.

Auf Falschmeldungen über Auslandskonferenzen sozialdemokratischer Parteiführer hatten wir gestern bereits hingewiesen. In skandinavischen Blättern wurde inzwischen, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, behauptet, daß in Besprechungen zwischen deutschen und russischen Sozialisten ein „Friedensprogramm“ vereinbart worden sei. Diesen Meldungen, die jeder Grundlage entbehren, ist Kopenhagener „Socialdemokraten“ bereits entgegengetreten.

## Die Jugendgerichtsarbeit.

Eine Kriegstagung der deutschen Jugendgerichtshilfen findet in Berlin am 12., 13. und 14. April statt. Sie ist veranstaltet von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge und bezweckt Erörterung von Mitteln zur wirksamen Bekämpfung der in der Kriegszeit wieder stärker hervorgetretenen Jugendverwahrlosung.

Wirklicher Geh. Rat v. Eucken-Adenhausen, Vorsitzender der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, betonte in der Begrüßungsansprache die Pflicht, gestrauchelte Jugendliche nicht lediglich der Nachsicht zu überlassen, sondern aufzurichten und wieder lebensfähig zu machen.

Ein Referat von Amtsgerichtsrat Dr. Friedberg-Weihensee behandelte „Organisation und Tätigkeit der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen“. Er forderte enge Verbindung zwischen Jugendgerichten und Jugendgerichtshilfen. Anklageerhebungen gegen Jugendliche seien der Jugendgerichtshilfe unerschützt mitzuteilen. Die Jugendgerichtshilfe müsse sofort eingreifen können. Referent belegte den Rückschlag, den die Kriminalität der Jugendlichen in der Kriegszeit erlitten hat. Vielen Kindern fehle jetzt nicht nur der Vater, sondern auch die Mutter, die durch Erwerbslosigkeit dem Hause entzogen ist.

Ueber „Ausbau der Jugendgerichtsbarkeit auf Grund der bestehenden Bestimmungen“ referierte Herr v. d. Leyen-Velth. An der Jugendgerichtshilfe, wie Berlin sie seit 1905 hat, beteiligen sich alle Bevölkerungsklassen, alle Konfessionen, alle politischen Richtungen. Referent forderte für das Jugendgerichtsverfahren unter anderem eine Ausgestaltung der Hauptverhandlung in erzieherischer Hinsicht. Die Öffentlichkeit sei zu beschränken, namentlich sollen Jugendliche nicht als Zuschauer zugelassen werden. Bei Gutachtenabgabe über den jugendlichen Angeklagten werde dessen Anwesenheit oft als sehr unerwünscht empfunden. Für die Ausführung der angeordneten Schulaufsicht seien die autoritativen Nachmittels nicht ausreichend. Bei Widerstand des jugendlichen oder seiner Familie solle ihm ein Pfleger gesetzt werden, möglichst in der Person des Jugendgerichtshelfers selber. An Freiheitsstrafe müsse, um abschreckend zu wirken, sich nötigenfalls noch eine lange Anstaltsunterbringung anschließen. Ohne das langerechte Jugendgesetz werde eine wirksame Ausgestaltung der Jugendgerichtshilfe nicht möglich sein.

„Polizei und Jugendgerichtshilfe“ wurden in ihrem Zusammenwirken geschildert von Polizeipräsident Köttig-Dresden. Die Tätigkeit der Polizei sei im wesentlichen eine vermittelnde, nicht eine rettende. Daß aber Verstrafung allein nicht helfe, habe die Sittenpolizei schon immer gewußt. Ueber die Verbindung zwischen Polizei und Jugendgerichtshilfe in Berlin berichtete Herr Dittmer, Fürsorgebeamter im Berliner Polizeipräsidium. Die wünschliche Verlängerung der polizeilichen Schutzhaft über die für Preußen geltenden 24 Stunden hinaus, bis für den jugendlichen Schutzhäftling die nötigen Fürsorgemaßnahmen getroffen sind.

Ueber „Jugendstaatsanwalt und Jugendgerichtshilfe“ referierte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rosenfeld-Berlin. Besondere Dezernate für Jugendgerichtssachen haben sich bewährt. Referent bedauert, daß es Jugendgerichtshelfern oft sehr an Kenntnis des Strafrechts fehle. (Der Vorsitzende stellte hierzu fest, daß die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge solche Kurse hat.)

Gebietlicher Justizrat Dr. Frankel-Breslau behandelte „die Schulaufsicht als vormundschafterische Maßnahme und ihre Ausgestaltung durch den Jugendrichter“. Die Schulaufsicht während der Verwahrungskrist habe legendre Wirtungen gehabt. Um die Autorität der Schulaufsicht zu steigern, müsse der Richter ausdrücklich die Eltern darauf hinweisen. Er müsse sich auch über die Verwahrung der Jugendlichen von Zeit zu Zeit unterrichten und nötigenfalls mit Verwarnungen eingreifen. Stadtpfarrer Wätersch-Stuttgart berichtete in seinem Referat, daß in Württemberg eine Ministerialverordnung die Grundlage für energisches Auftreten der Jugendgerichte geschaffen hat.

Eine Forderung, deren Erfüllung legendbringend wäre, wurde von Amtsgerichtspräsident Becker-Dresden in seinem Referat „Strafverfolgungsausschub“ aufgestellt. Da alljährlich eine sehr große Zahl der abgeurteilten Jugendlichen durch Strafverfolgungsausschub und nachfolgende Verwahrung straflos wird, so dränge sich die Frage auf, ob nicht auch schon mit Aufschub der Strafverfolgung dasselbe zu erreichen sei. Sachen habe ihn veruchsweise bei besonders gearteten Fällen eingeführt und damit gute Erfahrungen gemacht, aber es fehle in mehreren Bundesstaaten die Möglichkeit der Niederschlagung von Strafverfolgungen, zu der auch das Gesetz noch keine Handhabe biete. Den Stempel der Verwahrung nehme dem Jugendlichen auch die bedingte Verurteilung nicht, nur der Strafverfolgungsausschub könne ihn bei Verwahrung davor schützen. Schon den ungeliebten Einfluß des Strafprozesses müsse man möglichst von ihm fernhalten suchen, das entsprechende den Forderungen einer aufgestärkteren Zeit.

In der Nachmittagsung erfolgte zunächst eine Aussprache über die Referate des Vormittags. Aus ihr ist nur erwähnenswert, daß sich unter eifrigem Schweißen der Verhandlung ein Organisationsausschub und ein Gefängnisdirektor zur Forderung ganz energischer Strafen gegen Jugendliche verstiegen. Ihnen trat

namentlich Herr Prof. Dr. v. Dähning, Erziehungsdirektor des Anstalt Reumühle bei Frankfurt a. M., unter Zustimmung der Versammlung entschieden entgegen.

Ueber ein von Prof. Dr. v. Liszt-Berlin zum Schluß des ersten Tages gehaltenes Referat über das Jugendgerichtsverfahren in Gegenwart und Zukunft werden wir besonders berichten.

## Soziales.

**Ungültige Handelskammerwahlen.** (Nichtgewähltheit des gesetzlich vorgeschriebenen Wahlgeheimnisses.) Für die Handelskammer in Harburg a. E. hatten im Wahlbezirk Bremerbörse zwei Ergänzungsmitglieder zu erfolgen. Gewählt wurden der Kommerzienrat Hagen und der Kaufmann Vode. Ihre Wahl wurde im Verwaltungsverfahren angefochten. Unter anderem wurde geltend gemacht, das Wahlgeheimnis sei nicht gewahrt worden.

Der Bezirksauschub in Stade erklärte im zweiten Rechtszuge die Wahl der beiden Herren für ungültig. Einer der Hauptgründe war die Annahme, daß das Wahlgeheimnis tatsächlich nicht gewahrt worden sei. In der Beziehung wurde angeführt: Im Gange vor dem Wahllokal habe ein Vollzeigerant weiße Stimmzettel, die mit den beiden Namen der Gewählten bedruckt waren, an die erscheinenden Wähler verteilt. Außerdem hätten im Wahlraum kleinere unbeschriftete Stimmzettel in ausgeprägter gelber Farbe (gelbes Konzeptpapier) ausgelegt. In dem recht hellen, räumlich aber sehr beschränkten Wahlraum hätten die Wähler eng beieinander stehen oder sitzen müssen. Ferner sei keine Vorrichtung geschaffen worden, die es dem Einzelnen ermöglichte, unbeobachtet einen der kleineren gelben Zettel mit den Namen der Gegenkandidaten der Gewählten zu beschreiben. So habe jeder den anderen kontrollieren können, ob er einen schon in seinem Besitz befindlichen weißen Zettel abgibt, also für die Gewählten stimme, oder ob er von den gelben Zetteln Gebrauch mache, also vermutlich nicht für die Gewählten stimme. Unter diesen Umständen könne von einer Wahrung des Wahlgeheimnisses bei der gesetzlich vorgeschriebenen geheimen Wahl keine Rede sein. Das mache die beiden Wahlen ungültig.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf die gegen dies Urteil eingelegte Revision mit der Begründung: Aus der Gesamtheit der Verhältnisse habe der Bezirksauschub die Ueberzeugung gewonnen, daß die Geheimhaltung der Wahl nicht gewährleistet war. Da diese tatsächlichen Feststellungen ohne Rechtsirrtum erfolgt seien, so habe der Bezirksauschub mit Recht die Wahlen für ungültig erachtet. III. C. 129. 14.

## Berichtszeitung.

### Der „Genosse aus Reutkölln“.

Mit einem Urteil des Frau Rosa Luxemburg hatte sich gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I in der Verurteilungssitzung zu beschäftigen. Frau Dr. Rosa Luxemburg, jetzt in Bronke in Haft sitzend und deshalb vom Erscheinen zum Termin entbunden, war wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung des Kriminalrichters Hermanns Palm zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie war bald nachdem sie die Haft in Frankfurt a. M. auferlegte einjährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, hier in Berlin in militärische Sicherheitshaft genommen und in das Frauengefängnis in der Varnitzstraße übergeführt worden. Sie hatte dort am 22. September Sprecherauftritt mit einer Freundin Fräulein Jacobs zur Besprechung über einen wahrzunehmenden Termin. Die Unterhaltung wurde von dem damit beauftragten Kriminalrichtermann Palm überhört. Da die Sprechzeit im allgemeinen auf zehn Minuten festgesetzt ist, erklärte Palm nach Ablauf dieser Zeit die Besprechung für beendet. Darüber geriet Frau Luxemburg in Erregung und rief dem Beamten zu: „Sie sind ein ganz ordinärer Spitzel und verdammter Schweinhund!“ Gleichzeitig soll sie — was sie bestritt — mit einem Tintendrucker nach Palm geworfen, ihn aber nicht getroffen haben. Die Angeklagte hatte die wörtlichen Beleidigungen zugegeben und sich damit entschuldigt, daß sie an eine Schilane des Palm habe glauben müssen, da ihr von keiner Seite mitgeteilt worden sei, daß die Sprechzeit für die in militärischer Schutzhaft befindlichen Personen nur 10 Minuten betrage, und zwei andere Beamte vorher ihr von selbst eine Stunde zugestanden hätten. Die Bemerkung bezüglich des Spitzels beruhe darauf, daß Palm in ihrer Abwesenheit zu Fräulein Jacobs gekommen sei, sich als sozialdemokratischer Parteigenosse aus Reutkölln ausgegeben und bespiegelt habe, daß er über einen sozialdemokratischen Aufruf Reutkölln nehmen möchte. — Kriminalrichtermann Palm hatte hierzu erklärt, daß es sich darum gehandelt habe, Frau Luxemburg in Sicherheitshaft überzuführen, und da sie nie anzutreffen gewesen, habe er das Mittel gebraucht. Fräulein Jacobs zu disziplinieren und sich als Genosse aus Reutkölln eingeführt. Von einem sozialdemokratischen Aufruf sei keine Rede gewesen. — Das Schöffengericht hatte einerseits berücksichtigt, daß das Benehmen der Angeklagten einem Beamten gegenüber einer gebildeten Frau wenig entgegen, andererseits aber, daß sie früher längere Zeit Sprecherauftritt gehabt hatte und an eine Schilane des Palm geglaubt hat, und erkannte auf 10 Tage Gefängnis. — Gestern befandete die Vorsteherin des Gefängnisses, Frau Trinius, daß die Angeklagte, die erst kurz zuvor ein Jahr Gefängnis verbüßt gehabt, durch die Länge der Haft sehr nervös und körperlich verunruhigt gewesen sei und in ihrer Erregung schließlich ein Stück Schokolade — nicht Tintendrucker — nach dem Beamten geworfen habe. — Der Gerichtshof hielt hiernach eine tätliche Beleidigung nicht für vorliegend, erkannte aber im übrigen auf Verwerfung der Verurteilung.

**Ein gewissenloser Dienstherr.** Der Gutsbesitzer Ernst Dörner in Weigelsdorf bei Reichenbach in Schlesien ist vom Landgericht Schweidnitz am 26. Januar wegen Entlassensverbrechens nach § 176 B (Unzucht mit Kindern unter 14 Jahren) und Verführung eines unbescholtene Mädchens unter 16 Jahren zu der milden Strafe von einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Die am 8. August 1901 geborene Martha L. war am 1. April 1915 bei ihm als Dienstmädchen in Stellung getreten und verblieb dort bis 1. April 1916. Ende Juli 1915 hat der Angeklagte das bis dahin unbescholtene Mädchen nach einem zunächst erfolglos gebliebenen Veruche verführt, wobei er ganz genau wußte, daß die L. noch nicht ganz 14 Jahre alt war. Er hat dann später noch öfter mit ihr verkehrt. Im September 1916 hat das Mädchen ein Kind geboren. Strafamt wegen Verführung hat der Vater der L. gestellt, als er aus dem Heeresdienst auf Urlaub kam und von dem Vorgesetzten Kenntnis erhielt. In seiner Revision suchte der Angeklagte darzulegen, daß er wegen Verführung nicht hätte verurteilt werden können, da offenbar diese Straftat nur an Mädchen über 14 Jahre begangen werden könne (was natürlich eine irrtümliche Annahme ist). Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (B. a. G. Hamburg). Filiale Baumhäuserweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, 14. April, abends 8 $\frac{1}{2}$ —10 Uhr, im Lokal von Vorch, Eisenstr. 101, Ecke Reichholzstraße, löffert wird.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags.** Hienlich mild und zeitweise heiter; jedoch vorwiegend mäßig mit leichten Niederschlägen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutkölln; für Inserate: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Politische Uebersicht.

Die Parteien und die Wahlreform.

Ueber die kaiserliche Osterbotschaft finden noch fortgesetzt lebhafteste Presseerörterungen statt. Von besonderer Bedeutung ist die Frage, welche Stellung die großen Parteien gegenüber der von der Regierung angekündigten Wahlreform einnehmen werden.

Von den Konservativen erschien es anfangs zweifelhaft, ob sie überhaupt an einer Vorlage zur Reform des preussischen Wahlrechts mitarbeiten oder grollend beiseite stehen würden. Jetzt ist eine — freilich sehr bedingte — offizielle Zusage der Mitarbeit zu verzeichnen. Auf dem Parteitag der nordbayerischen Konservativen in Nürnberg erklärte der Reichstagsabgeordnete Graf v. Westarp, seine politischen Freunde seien bereit, an der preussischen Wahlreform mitzuarbeiten, wollten aber nicht, daß der Reichstag diese Angelegenheit in die Hand nimmt.

Diese Art der Mitarbeit bedeutet in der Praxis nichts als den Versuch der Verzögerung jeder wirklichen Reform. Freut sich über diese Zusage werden nur Leute sein, wie der freikonserervative Herr von Jellich, der in der „Post“ und dem roten „Tag“ die Konservativen mit größter Eindringlichkeit beschwört, so nicht tatenlos beiseite zu stehen, da ohne ihre Mitarbeit die Wahlreform zu radikal ausfallen könnte.

Im höchsten Grade verdächtig ist nach wie vor die Haltung des Zentrums. Wenn in der „Germania“ eine konservative Zusage zur Mitarbeit lebhaft begrüßt wird, so muß man annehmen, daß hier ähnliche Beweggründe ausschlaggebend sind wie bei Herrn von Jellich. Im allgemeinen brüsst sich das Zentrum damit, daß es bei jeder Gestaltung des Wahlrechts seinen jetzigen Mandatsbestand behaupten würde. Bei der inneren Struktur des Zentrums ist hieran etwas Wahres, doch muß beachtet werden, daß das Zentrum als ständige Minderheitspartei um so größeres Interesse an der Stärke der übrigen Parteien hat.

Als erfreuliches Moment kann gebucht werden, daß ein führendes nationalliberales Blatt, die „Kölnische Zeitung“, unbedingt für das gleiche Wahlrecht und gegen jedes Pluralklassenwahlrecht eintritt. Sie schreibt:

Die Erfahrungen mit der Wahlvorlage vom Jahre 1910 sprechen zu deutlich gegen den Vorschlag eines Mehrstimmigen-Wahlrechts, als daß man den Versuch wiederholen sollte. Zufriedenheit läßt sich mit einem derartigen Wahlrecht, das in der Theorie wunderbar schön sein mag, in der Praxis aber zu tausend Ungerechtigkeiten führt, nicht erzielen. Was der König ausgesprochen hat, daß das Klassenwahlrecht in Preußen abgewirtschaftet hat, läßt sich jedenfalls nicht gegen das gleiche Wahlrecht denken, andererseits führen viele Säue der Rundgebung geradewegs zu der Ansicht, daß die Krone in einem gleichen Wahlrecht für die Zukunft die beste und die reinlichste Lösung der Frage sieht.

Wenn man die guten Beziehungen des rheinischen Blattes zur Regierung kennt, so wird es einem schwer, die mehrfach auftauchende Behauptung zu unterschreiben, daß der Wortlaut der Osterbotschaft die Einbringung einer Pluralwahlrechtsvorlage wahrscheinlich mache. Wir haben gleich in unserer ersten Besprechung festgestellt, daß die scharfe Wendung gegen das Klassenwahlrecht ihren Sinn auch gegen jedes Pluralklassenwahlrecht richtet.

Tagegen möchte der rechtsnationalliberale Abgeordnete Fuhrmann mit dem „Kanonendonner von Arras“ die gesamte Wahlrechtsdebatte übertönen. Der Versuch ist plump und durchsichtig. Wir sind der Ansicht, daß die Standhaftigkeit unserer Kämpfer draußen nicht im mindesten dadurch erschüttert wird, wenn im Inlande die Fragen der inneren Reform mit dem gebührenden Ernst erörtert werden. Herr Fuhrmann schreibt:

Genie darf niemand bei uns den Archimedes spielen, der den in die Stadt eingedrungenen Feind erst sah, als ihm dieser seine im Sand gezeichneten mathematischen Kreise zertrat.

Dieser Satz beweist nichts als sehr schlechte Geschichtskennntnisse des Herrn Fuhrmann, der offenbar nicht weiß, daß gerade Archimedes durch sein technisches Genie die Seele der langjährigen Verteidigung der Stadt Syrakus war. Wenn ihn im übrigen der Schrecken des Krieges bis zum letzten Augenblick nicht an niederknien und wissenschaftlichem Denken verhindert hat, so ehrt das den Mann, und auch nur in diesem anerkennenden Sinne ist die Fabel von seinem Tode überliefert worden, um ihn vor denen auszuzeichnen, die der Krieg um Bestand und Ueberlegung bringt.

Der widerspruchsvolle Graf.

Graf Reventlow ist über unsere Feststellung seiner Widersprüche sehr ungehalten. Er sieht keinen Widerspruch darin, wenn er einmal die Befähigung der Monarchie als Deutschlands Stärke hinstellt, und ein andermal diese selbe Monarchie für so schwach erklärt, daß ihr der Zusammenbruch droht, wenn sie einen Verständigungsfrieden statt eines Gewaltfriedens abschließt. Seiner Gewohnheit gemäß beantwortet Graf Reventlow unsere fünf Zeilen mit einem langen Artikel. Nun sind wir ja an der ganzen Frage nur so weit interessiert, als wie die Tatsache festzustellen haben, daß der Übergangsstadium Monarchie der „Deutschen Tagesztg.“ der Monarchie sofort mit Sturz und Umsturz grollend macht, sobald sie ihm nicht den Willen tut. Wenn wir gleichwohl noch einmal Herrn Reventlow erwidern, so um der Dinge willen, die er ganz allgemein als die Folgen eines Verständigungsfriedens hinstellt. Um nämlich seinen Satz vom Sturz der Monarchie durch einen Verständigungsfrieden (er sagt Geschäftefrieden) zu erklären, muß Graf Reventlow die Folgen eines solchen Friedens in den düstersten Farben: Nahrungsmangel, noch viel schlimmer als jetzt, Arbeitslosigkeit, Auswanderung, Erschöpfung der deutschen Industrie etc.

Das Bild an sich ist richtig, nur seine Ursache ist falsch bezeichnet. Was Graf Reventlow meint, das sind nicht die Folgen eines Verständigungsfriedens, sondern die Folgen einer deutschen Niederlage. Wegen dieser auch von uns vorausgesehenen Folgen sucht die deutsche Sozialdemokratie das deutsche Volk mit allen Kräften vor einer Niederlage zu bewahren. Aus diesem Grunde aber ist es auch selbstverständlich, daß ein Verständigungsfrieden, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie erstrebt — nicht wie Graf Reventlow ihn uns andichtet — unbedingt derartige Folgen ausschließt. Wir fordern in einem solchen Frieden beispielsweise Handelsverträge, welche die Fortexistenz unserer Industrie sichern und über die sich weit eher Verständigung erzielen läßt, als über Gebietsabtretungen, Kriegsschadigungen u. dergl. Wir haben z. B. die Frage der Handelsverträge nach dem Kriege besonders betont, als es sich darum handelte, Amerikas Feindschaft in Kauf zu nehmen. Aber gerade damals hat Graf Reventlow von dieser Seite der Frage nichts wissen wollen. Ein neuer Widerspruch — wie hätten Grund, das Verstecken zu wiederholen, das Graf Reventlow wohl noch nicht vergessen hat.



Nun wird's aber höchste Zeit daß auch Du Dich auf Deine Pflicht besinnst!

Am Montag, dem 16. April, Mittags 1 Uhr, wird die Zeichnung auf die 6. Kriegsanleihe geschlossen.

Wißt Du wirklich unter den Wenigen sein, die ihr Vaterland in so ernster Stunde im Stich gelassen haben? Was sollte wohl aus uns allen, aus Dir selbst werden, wenn andre ebenso kleinmütig dächten wie Du?

Wißt Du zögern, bis es zu spät ist? Wißt Du Dich der Gefahr aussetzen, vor Deinen Angehörigen, Deinen Freunden und Bekannten erröten zu müssen?

Also — —

Hole sofort das Versäumte nach und zeichne mit allem, was Du hast und was Du aufstreiden kannst, Kriegsanleihe!



Kardinal Bettinger gestorben. Wie aus München gemeldet wird, ist der Kardinal Erzbischof Dr. Franziskus von Bettinger am Donnerstag mittags 12 Uhr infolge Herzschlages gestorben.

Der Evangelisch-Soziale Kongress trat am Donnerstag zu einer geschlossenen Kriegstagung zusammen. Aus der Ansprache des Vorsitzenden, Geheimen Konfistorialrat Professor Dr. Baumgarten, ist hervorzuheben, daß er den Diktator des Kaisers als ein erlösendes Wort bezeichnet. Der Kongress stelle sich „mit beiden Füßen“ auf den Boden der Osterbotschaft. Mit Bezug auf die russische Revolution sagte der Redner: Wir fühlen mit tiefer innerer Sympathie das Absinken einer demoralisierten Zwangsgewalt. Ein Jubiläumstelegramm des Kongresses an den Kaiser brachte nochmals den Dank für die Osterbotschaft besonders zum Ausdruck.

Die mangelhafte Vertriebslieferung. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Erdel hat folgende „kleine Anfrage“ an den Reichstagsler gerichtet: Nach Mitteilung des Geh. Landesökonomierats Dr. Heim in der Kriegswirtschaftlichen Beilage des „Bayerischen Kurier“ vom 6. April 1917 Nr. 15 hatten Ende März elf Regimentsbezirke Preußens noch nicht einmal die Hälfte ihrer Versorgungsbedürfnisse erfüllt. Ist diese Tatsache dem Herrn Reichstagsler bekannt? Bis steht es mit der Beschaffung dieser noch nicht gelieferten Vorräte als Vorkaufsgegenstände? Was gedenkt der Herr Reichstagsler zu tun, um die Erfüllung dieser Vertriebspflicht zu sichern?

Landtags-Ergebnisse. Die Nachwahl im Kreise Königs-Ludow-Auel ist auf den 11. Mai angesetzt worden; die Wahlmänner-Ergebnisse sind auf den 27. April angesetzt. Das Zentrum hat für seinen verstorbenen Abgeordneten Neuschel den Grafen Strachwitz-Fraachow aufgestellt.

Die Gothaer Spaltungskonferenz und die neue Parteigründung.

Die Presse der Arbeitgemeinschaft bringt einen Artikel über die Spaltungskonferenz der Opposition. Er beginnt mit der Bemerkung, daß aus äußeren Gründen ein Bericht nicht gebracht werden könne; der Artikel enthält dementsprechend nur die Betrachtungen eines Konferenzteilnehmers über die Ergebnisse der Tagung. Das wichtigste, freilich nicht überraschende Resultat ist die

offizielle Gründung einer neuen Partei, die sich den Namen: „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“ beilegt hat. Von dem Namen der bestehenden sozialdemokratischen Partei unterscheidet sich der Name der neuen Partei nur durch den Zusatz „Unabhängige“, die ähnlich klingende Bezeichnung ist wohl gewählt, um die Wahlen über die Tatsachen hinwegzutäuschen, daß hier eine Neugründung vorliegt. Im geschäftlichen Leben pflegt man es, wenn eine neugegründete Firma sich einen Namen zulegt, der mit dem eines altrenommierten Geschäftes zum Verwechseln ähnlich ist, Firmenfischwindel zu nennen.

Die neugegründete Partei rühmt sich, die Einheit der Opposition hergestellt zu haben. Diese Behauptung erscheint allerdings in einem etwas eigentümlichen Lichte, wenn man den gleich darauf folgenden Satz liest: „Der neue Rahmen umfaßt alle ihre (der Opposition) Glieder und Gruppen, mit Ausnahme einer einzigen kleinen Seite.“ Wils trotz aller Einigungsbemühungen ist doch noch ein Teil der Opposition draußen geblieben; und über die innere Einheit der neuen Partei sagen die Worte „mit all ihren Gliedern und Gruppen“ genug. Immerhin hat die Arbeitgemeinschaft den Erfolg zu verzeichnen, daß die Spaltungsgruppe trotz aller bisherigen Wüsten Beschimpfungen und Schmähungen (wohl nur für die Kriegszeit) unter ihr Dach gekrochen ist. Hierüber besagt der Artikel:

Dieses erfreuliche Ergebnis ist nicht leichterrhand erreicht worden. Aber der Wille wies den Weg, der die Hindernisse überwand. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß der organisatorische Zusammenschluß nicht die restlose Verschmelzung der Anschauungen bedeutet, daß es an Reibungen, an Meinungsverschiedenheiten, an Zusammenstößen der Geister in der Opposition nicht fehlen wird. Es wäre unnatürlich, wenn es anders wäre — die Lage von Gotha konnte keine Wunder verrichten.

Wie lange der Kitt der neuen Partei halten wird, darüber kann sich danach jeder seine eigenen Berechnungen aufstellen.

Ueber die sonstigen Beschlüsse der Konferenz ist aus dem Artikel nur sehr wenig zu erfahren. Man hat für die neue Partei ein Organisationsstatut geschaffen, von dem gerühmt wird, daß es den oben Organisationsstufes, die Verknüpfung des Organisationslebens fernhalte. Wir warten den Erfolg ab. Einstweilen glauben wir, daß das von der Arbeiterbewegung in fünfzigjähriger Erfahrung errichtete Organisationsgebäude nicht so ohne weiteres durch ein vom grünen Tische her geschaffenes Gebilde zu ersetzen ist.

Auf der Konferenz waren 148 Delegierte anwesend. Den Vorsitz führte Wilhelm Bod, und der Artikel vergißt nicht zu erwähnen, daß derselbe Bod vor 42 Jahren im selben Gotha dem Einigungskongress der deutschen Sozialdemokratie präsidierte. Jetzt hat Bod die Konferenz geleitet, auf der die 42 Jahre lang erhaltene Einheit der deutschen Arbeiterbewegung wieder in Stücke geschlagen wurde. Man muß sehr stark von Parteihoch gelendet sein, um hierin einen Entwicklungsschritt zu sehen.

Jedenfalls ist es nun vollendete Tatsache geworden, daß sich von der deutschen Sozialdemokratie ein Teil abgespalten hat und als besondere Partei konstituiert hat. Alles Bedauern kann an der Feststellung nichts ändern, daß zu einer Zeit, wo Einheit dringender denn je nötig war, die Spaltung vollzogen worden ist. Im Grunde ist eingetreten, was Einsichtige längst vorausgesehen, als im Reichstag die Gruppe der Neuzugewinn die Fraktionsdisziplin durchbrach und sich als besondere Fraktion konstituierte. Damals haben die Neuzugewinn die Absicht der Parteispaltung von sich gewiesen und zum Teil wohl auch nicht an die Folgen ihres Schrittes geglaubt. Doch es bewahrheitet sich der Satz: „Im ersten sind wir frei, im zweiten sind wir Knechte.“ Mit unerbittlicher Konsequenz hat dieser erste Schritt vom Wege der Parteinheit die weiteren Folgen nach sich gezogen und heute stehen die Absonderer da, wo wir es ihnen vor mehr als Jahresfrist prophezeit haben. Es ist schwer, mutig in die Zukunft der Arbeiterbewegung zu sehen unter der Voraussetzung, daß ihre in so vielen Dingen — man denke nur an die preussische Neuorientierung — dringend gedruckte Kraft sich zum Teil in inneren Kämpfen verzehren wird. Möge die bessere Einsicht nicht erst Platz greifen, wenn unumkehrbarer Schaden geschehen ist!

Ueber die Besetzung der Spaltungskonferenz, die vom 6. bis 8. April tagte, macht der „Gothaer Generalanzeiger“ folgende Angaben:

Anwesend waren 148 Teilnehmer. Davon waren 124 von Wahlkreisen delegiert, dazu kommen 18 Reichstagsabgeordnete und vier sonstige Teilnehmer (Frau Jieg, Kautsch, Däumig und Schubert). 91 Wahlkreise haben Delegierte entsandt, darunter

Table with 2 columns: Region and Number of Delegated Members. Includes entries for Ostpreußen, Westpreußen, Groß-Berlin, Brandenburg, Pommern, Schlesien, Magdeburg, Halle, Erfurt.

Dazu kommen aus 11 Thüringen 11 Delegierte zusammen aus 10 Wahlkreisen, Schleswig-Holstein 9 Delegierte, darunter aus Hamburg 5 (7) zusammen 6 Wahlkreise,

Table with 2 columns: Region and Number of Delegated Members. Includes entries for Westfalen, Hessen-Rhau, Ober- u. Niederrhein, Hannover, Bayern, Württemberg, Meisen, Baden, Sachsen, Braunschw., Bremen (Nordwestdeutschland).

Trotz aller Bemühungen hat es die Opposition also nur erreicht, daß noch nicht ein Viertel sämtlicher Reichstagswahlkreise vertreten war. Selbst wenn man nur die Kreise betrachtet, in denen nennenswerte sozialdemokratische Organisationen bestehen, so hat sich nur ein kleiner Teil von diesen vertreten lassen. Aber selbst das Resultat von 91 Wahlkreisen, die Delegierte entsandt haben sollen, ist nur trügerischer Schein. In vielen, ja wohl den meisten dieser Wahlkreise ist es nicht die bestehenden Organisationen, welche Delegierte entsenden haben, sondern nur kleine abgesplitterte Gruppen. Wissen wir doch z. B. aus Lübeck, daß die Opposition selbst dort, wo sie gar keine organisierten Anhang besaß, einzelne Personen aufgefordert hat, als „Delegierte des Kreises“ zu erscheinen. Bei diesem heftigen Bemühen um zahlreiche Vertretungen ist das Resultat für die Opposition äußerlich kläglich. Besonders auffallen muß es, wenn von ganz Brandenburg sich nur zwei, von ganz Pommern einer, von ganz Schlesien zwei, von Hannover einer, ja selbst von dem industriestarken Westfalen auch nur zwei Wahlkreise sich haben vertreten lassen.

# Die Generalversammlungen der sozialdemokratischen Vereine.

Mittwoch, den 11. April.

**I. Wahlkreis.** Die Tagung fand im Gewerkschaftshaus statt. Der monatliche Beitrag wurde auf 50 Pf. (statt 40) für männliche und 25 Pf. (statt 20) für weibliche Mitglieder festgelegt und das Statut einstimmig angenommen. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Erster Vorsitzender H. Lucht, zweiter Vorsitzender Gebauer, Kassierer Holzmann, Schriftführer Reichowski, Revisoren Frau Streblow, Heuermann, Glaue, Preßkommission A. Laetzerow, Fr. Kunze. Zu Delegierten zum Bezirkstag wurden gewählt Gebauer, Kunze, Heuermann, Heuermann und Frau Streblow. Zur Leitung des Bezirkstages wurden vorgeschlagen die Genossen Ernst und Weis als Vorsitzende, Th. Fischer als Sekretär, Poegisch als Schriftführer.

**II. Wahlkreis.** Genosse Richard Fischer hielt das einleitende Referat. Nach einmal ließ er in gedrängter Kürze die Vorgänge der letzten Zeit Revue passieren. Der vorgelegte Statutenentwurf für die Kreis- und die Bezirksorganisation wurde einstimmig gutgeheißen. In den Vorstand wurden gewählt: G. Schöder, Hagelberger Str. 53, 1. Vorsitzender; J. Jänike, 2. Vorsitzender; G. Schmidt, Wärschestr. 48, 1. Kassierer; Fr. Marth, 2. Kassierer; D. Frige und Sobczak, Schriftführer; E. Ernst und Frau Hübner, Revisoren. In die Preßkommission wurden die Genossen J. Meyer und A. Schuldt gewählt.

**III. Wahlkreis.** Die Generalversammlung fand im Gewerkschaftshaus statt. Die Annahme der Statuten erfolgte ohne Abänderungen einstimmig. Wahl des Vorstandes: Erster Vorsitzender Aug. Pohl, zweiter Vorsitzender Karl Buchmann, erster Kassierer Georg Felsmann, zweiter Kassierer W. H. Abel, Revisor: Frau Martha Schröder, Gust. Alisch und Stefan Friz. In die Preßkommission wurden die Genossen Aug. Schmalz und Adolf Ritter delegiert. Die Wahl der Revisoren ergab: Alexander Fröhlich, Aug. Kadle und Georg Maier. Ferner wurden gewählt die Genossen Aug. Pohl und Georg Felsmann in den Bezirksvorstand. Zum Schluß wurden die Delegierten zum Bezirkstag gewählt und es wurde über die Belegung des Bezirksvorstandes sowie über Anstellung eines Sekretärs verhandelt.

**IV. Wahlkreis.** Die Versammlung, die bei Voerler in der Weberstraße tagte, beschäftigte sich ausschließlich mit geschäftlichen Angelegenheiten. Bei der endgültigen Konstituierung des Vereins wurden gewählt: als Vorsitzende die Genossen Klingler und Mann, als Kassierer Genosse Keller und Genossin Strund, als Schriftführer Genosse Kahner und Genossin Hoppe. Als Revisoren fungieren die Genossen Poegisch, Ruch und Buchmann, als Revisoren die Genossen Duppel, Ragerl und Rathmann. Im Bezirksvorstand wird der Verein durch seine beiden Vorsitzenden vertreten. Als Vertreter zur Preßkommission wurden die Genossen Kahner und Schrader bestimmt. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem bevorstehenden Bezirkstag, zu welchem die Delegierten gewählt wurden. Beschlossen wurde, auf dem Bezirkstag den Antrag zu vertreten, die neu zu schaffende Stelle eines Bezirkssekretärs auszuschreiben.

**V. Wahlkreis.** Die Tagung fand in Sternmühsen Festhals, Linienstr. 8, statt. Die vorgelegten Statutenentwürfe für die Bezirksorganisation Groß-Berlins fanden ebenso die Zustimmung der Versammlung wie das Einheitsstatut für den Kreisverein und die Ausführungsbestimmungen, die das organisatorische Leben des Vereins im Speziellen regeln. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Otto Weis, 2. Vorsitzender Alb. Hahnisch, 1. Kassierer Glashagen, 2. Kassierer Subr, 1. Schriftführer Lorenz, 2. Schriftführer Stigly. Als Revisor bzw. Abteilungsleiter: Wardien, Biels, Hennig, Frau Bollstein und Gerstmann. Zu Revisoren: Richard Schmidt, Ritte und Lucht. Als Mitglieder der Preßkommission wurden Leiser und Hahnisch gewählt, während Weis und Hahnisch die Organisation im Bezirksvorstand von Groß-Berlin vertreten werden. Zum Bezirkstag wurden als Delegierte bestimmt: Lucht, Herzer, Freund, Frau Bollstein, Stigly und Glashagen. Als Sekretär der Groß-Berliner Bezirksorganisation wird der Genosse Theodor Fischer in Vorschlag gebracht, als Schriftführer Poegisch und zu Vorsitzenden Ernst und Weis.

**VI. Wahlkreis.** Die Generalversammlung nahm Stellung zu dem am 6. Mai stattfindenden Bezirkstag von Groß-Berlin. Einleitend wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Organisation gute Fortschritte mache und das erste Tausend Mitglieder überschritten sei. Das Einheitsstatut fand einstimmige Annahme. Das Kreisstatut wurde ebenfalls einstimmig angenommen, nur wird dem Bezirkstag der Antrag unterbreitet, im § 10 einzufügen, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, den Vorwärts zu halten. Weitere Wünsche und Anträge zum Kreisstatut werden in den Ausführungsbestimmungen berücksichtigt, um die Einheitsstatut des Statuts über Groß-Berlin zu wahren. Die Wahl des bisherigen provisorischen Kreisvorstandes und der Revisoren erfolgte einstimmig. In die Preßkommission wurden die Genossen Frank und Hehne gewählt. Für den Bezirksvorstand für Groß-Berlin sollen dem Bezirkstag folgende Vorschläge unterbreitet werden: Die Genossen Ernst und Weis als Vorsitzende, die Genossen Th. Fischer und Poegisch als Kassierer und Schriftführer, die Genossin Schmidt als Vertreterin der Frauen und der Genosse Waganke als Revisor. Die Generalversammlung wählte dann 10 Delegierte sowie 10 Ersatzdelegierte zum Bezirkstag. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die Ersatzpersonen zum Bezirkstag zuzulassen, da der 6. Kreis wohl eine größere Anzahl Delegierter beanspruchen könne gemäß seiner Größe. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß der Vorstand den Genossen Kärnberg für die Revisor-Kommission in Vorschlag gebracht habe, sowie den Genossen Frank für die Jugend.

**Mariendorf.** Die erste Konstitutionsversammlung der kleinen, aber rührigen Gruppe der auf dem Boden der Fraktionsmehrheit (S. P. D.) stehenden Genossen hatte einen schönen Erfolg. Neben gutem Besuch waren auch mehrere Neuzugänge der Lohn. Eingangs der Versammlung führte Genosse Suler die Gründe an, die einen Teil der Genossen veranlaßt haben, dem alten Wahlverein Mariendorf den Rücken zu kehren, und sprach die Hoffnung aus, daß auch diese sogenannte Hochburg der Sozialisten für die Gesamtpartei zurückgewonnen werden möge. Abdann referierte Genosse Hagel über: „Ursachen und Wirkungen der Spaltung der Partei“. Hieran schloß sich eine Diskussion. Die Beratung der Statuten ging, von einigen gewünschten Abänderungen abgesehen, glatt voran. Zur Kreis-Konferenz wurden die Genossen Suler und Deiner delegiert.

## Stadtverordnetenversammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 12. April 1917, nachmittags 5 Uhr.

Vorherber Nichteil eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Zunächst erfolgt die Einführung und Verpflichtung des neu-gewählten Mitgliedes Generaldirektor (der Firma Haasenhein und Kopler) Sigismund Richter.

Die Beschlusseckung über das Magistratsprojekt betreffend den Boretzplatz zum Neubau einer Hilfs- und Schwerhörigenschule mit Zahnklinik auf dem Grundstück Bremer Straße 18/20 empfiehlt der Sonderausschuß für diese Vorlage so lange auszusuchen, bis Klarheit geschaffen ist, wie die verschiedenen für Raubit in Aussicht genommenen städtischen Bauaufträge geplant werden.

Die Versammlung tritt dem Anschließervorschlag ohne Diskussion bei.

Der Lehrplan der von der Stadt übernommenen früheren Kaun-Cupelischen Privatschule, Grüner Weg 17, jetzigen Ersten Sächsischen Mittelschule für Mädchen, soll so geändert werden, daß der Aufstieg der tüchtigen Mädchen aus der Volksschule und ihr späterer Uebergang auf das Lyzeum gewährleistet wird. Die vom Magistrat dafür aufgestellten Grundzüge liegen der Versammlung vor; sie sollen als maßgebend auch bei weiterer Einrichtung von Mittelschulen für Mädchen anerkannt werden. Ferner soll für die Erste Mittelschule die Zahl der Freistellen 25 Prozent betragen. In der 5. Klasse der Gemeindevolksschulen soll ein Ergänzungsunterricht zur Einführung gelangen.

Stadtv. Cassel (Linke) begrüßt die Vorlage, die einem Wunsche der Versammlung entspricht.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die uns hier vorliegenden Vorschläge des Stadtschulrats Reimann sind nach der unterrichtlichen Seite musterhaft und vorbildlich. Nach der sozialen Seite ist die Vorlage aber durchaus ungenügend. Sie bietet nur eine Erhöhung der Zahl der Freistellen von 15 auf 25 Prozent. Schulgeldfreiheit wird auch nicht gewährt. Diese ist aber gerade nötig, wenn das Ansehen der Volksschule nicht herabgedrückt werden soll. Nicht Herkunft, nicht Vermögen soll entscheiden, ob ein Kind in die höhere Schule übergehen darf; das ist auch die Meinung aller Pädagogen. Mittellosen begabten Kindern muß ferner zur Dedung des Lebensunterhaltes eine Summe zur Verfügung gestellt werden. Nach diesen Richtungen muß die Vorlage umgemodelt werden, wenn sie einen wirklichen Fortschritt bedeuten und der Stadt Berlin zum Ruhme gereichen soll. Wir wollen nicht manche ungenügend begabten Mädchen, sondern jedem begabten Mädchen die freie Bahn eröffnen. Der Geldpunkt darf in solchen Fragen überhaupt keine Rolle spielen.

Stadtv. Mädchenschuldirektor Dr. Anauer (Fr. Fr.) stellt dem Vorschläge des Stadtschulrats Reimann ebenfalls unbedingten Beifall. Die Frage der vollen Unentgeltlichkeit des Unterrichts sei während des Krieges nicht zu lösen; die Forderung des Wegfalls der Vorkosten werde durch die Vorlage erfüllt. Redner wünscht mit den Vorkosten, daß recht bald weitere Mädchenmittelschulen eingerichtet und die entsprechenden Reformvorschläge für die Anabensmittelschulen ebenso recht bald an die Versammlung gebracht werden möchten.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Ein Plan für die Anabensschulen ist ausgearbeitet und in der Prüfung begriffen. Schulgeldfreiheit auch bemittelten Kindern aufzudrängen hat der Magistrat kein Interesse.

Die Vorlage geht hierauf an einen Ausschuß.

Ein Ortsstatut soll über die Bildung einer besonderen Deputation für Arbeitsnachweisbestimmung treffen. Sie soll aus 5 Magistratsmitgliedern, 10 Stadtverordneten und 10 Bürgerdeputierten bestehen; von den letzteren sollen je 5 gewerbliche Arbeitgeber und gewerbliche Arbeiter sein. Auch eine Frau soll ihr mit beratender Stimme angehören.

Die Versammlung stimmt zu.

Den beim städtischen Rettungswesen beschäftigten Kerzen wird ab 1. April 1917 das Honorar für jede geleistete Dienststunde am Tage von 1,25 auf 1,75 M. und für den Nachdienst von 9 auf 10 M. erhöht.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) beantragt Ausschußberatung. Es müsse auch für die Heilgebißten etwas geschehen.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) bittet dringend um glatte Annahme.

Der Antrag Wehl bleibt in der Minderheit. Die zweite Beratung wird erst in der nächsten Sitzung stattfinden, da Dr. Wehl der sofortigen Erledigung widerpricht.

Für die ärztliche Versorgung der Kriegsteilnehmerfamilien soll von der Stadt ab 1. Mai d. J. ein Pauschalquantum von 1 Million Mark auf ein Jahr gewährt werden. Die bisherige Pauschalsumme betrug 500 000 M.

Stadtv. Dr. Wehl: Die Forderungen der Ärzte sind dem Prinzip nach nicht unbillig. Nach der Vorlage soll es anscheinend auch in Zukunft dabei bleiben, daß die Ärzte für die Ausstellung der Zeugnisse für den Nahrungsmittelbedarf, insbesondere für Milch, besonders bezahlt werden. Dieser mußten 3, 4, 5 M. für ein Zeugnis gezahlt werden; es ist darüber zu sehr unlieblichen Szenen gekommen. Die Beschaffung dieser Atteste muß armen Kriegserkrankten erleichtert werden; seit einem halben Jahre ist dafür nichts geschehen. In das Pauschale sollte auch die Ausstellung dieser Zeugnisse einbezogen sein; wir beantragen das hiermit ausdrücklich. Hoffentlich wird der Grund dieser Vorlage recht bald beseitigt, indem es gelingt, dem Kriegszustand durch eine Verhängung der Wälder, auch unter Mitwirkung unserer russischen Besatzungsgenossen, ein Ende zu machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dr. Wehl führt aus, daß durch die Unentgeltlichkeit der Atteste ein besonderer Anreiz gegeben werden würde, derartige Atteste zu fordern, und deswegen sei der Magistrat dagegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alle Kriegserkrankten, die das Attest nicht bezahlen könnten, erhielten zu diesem Zweck eine Sonderunterstützung von den Kriegskommissionen.

Stadtv. Dr. Wehl: Darüber, ob ein Attest berechtigter oder nichtberechtigterweise verlangt wird, entscheidet ja eine Kontrollstelle. Es ist geradezu unglücklich, nur wegen der Möglichkeit eines Mißbrauchs die unentgeltliche Ausstellung abzulehnen.

Stadtv. Dr. Wehl: Nach je arme Kriegserkrankte hat die 3 M. für das Attest, wenn sie nicht selbst bezahlen konnte, bekommen.

Auf Antrag des Stadtv. Dr. Ritter, dem sich Stadtv. Cassel anschließt, wird Ausschußberatung beschlossen.

Die Gemeindezuschläge zu den Lagen der Reichsunterstützung für die Kriegsfamilien werden vom 1. April d. J. ab auf 100 Proz. der seit 1. November 1916 geltenden Reichsätze erhöht werden und für die Ehefrau 20, für jedes Kind und jeden anderen unterstützungsberechtigten Angehörigen 10 M. betragen.

Bürgermeister Dr. Reide: Angesichts der bevorstehenden Kürzung der Protektion, die die Bevölkerung auf sich zu nehmen hat, haben das Reich und der Staat wie die Kommune Berlin sich unter Leistung großer Zuschüsse zur Beschaffung billigen Fleisches zum Ersatz veranlaßt gesehen; ebenso wird an Gemüse, Sauerkraut, Kriegsgemüse, Kartoffeln, Narmelade, Dörrgemüse und besonders an Kartoffeln für die nächste besonders kritische Zeit eine erhebliche Verbesserung in der Versorgung der Berliner Bürgerschaft stattfinden. Mit der Erhöhung des Gemeindezuschlags für die Familienunterstützung wird auch die arme und ärmste Kriegserkrankte die Zulage von einem halben Pfund Fleisch bei dem billigen Preise, den es kosten soll, auf den Tisch bringen können.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir begrüßen diese Vorlage, die längst hätte erfolgen müssen, sind aber überrascht, daß man heute als Grund dafür die Verkürzung der Protektion anführt. Ob die heute gegebenen Versprechungen sich realisieren werden, wissen wir nicht. Wir haben mit den Organen, die Berlin versorgen sollen, schon zu ungünstigen Erfahrungen gemacht. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Bürgermeister hofft, daß der besonnene Sinn der Bürgerschaft entgegen wird, was die kommenden Zeiten bringen werden. Wir haben während des ganzen Krieges es an Kritik betreffs der Lebensmittelversorgung nicht fehlen lassen, aber nur zu oft ist die geübte Kritik vergeblich gewesen. Die gegen die Massenpreise gerichteten Klagen sind auch heute noch begründet, die Mißstände hier noch immer nicht beseitigt. Wir müssen in dieser Beziehung jede Verantwortung ablehnen. Wir bitten den Magistrat, weitere Verbesserungen in der Kriegsfamilienfürsorge dadurch herbeizuführen, daß den Familien von Jahrgangsberechtigten und Bestrafften die Unterstützung nicht entzogen wird, sowie daß allgemein den deutschen Frauen, die Bulgaren oder Türken geheiratet haben, auskömmlich geholfen wird, wie es in einzelnen Fällen schon geschehen ist, und daß auch uneheliche Kinder aus solchen Verbindungen unterstützt werden.

Stadtv. Cassel kehrt gegenüber dem Vorredner, daß die Kritik nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den bürgerlichen Parteien und insbesondere von dem Oberbürgermeister stets mit dem größten Nachdruck geübt worden ist.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluß 1/2 Uhr.

# Groß-Berlin

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Alle Berliner Einwohner, die zwecks Umtausches ihrer Fleischkarten gegen Bezugsscheine auf Graupen, Grieß oder Teigwaren gemeldet oder nachträglich den Umtausch bewirkt haben, können die auf die Zeit vom 16. April bis 13. Mai ausgestellten Reichs Fleischkarten in der Zeit vom 16. bis 13. April bei der zuständigen Brotkommission in deren Geschäftsräumen umtauschen. Die städtischen Fleischkarten (zum Bezuge der Fleischmühle zu verbilligten Preisen) werden nicht umgetauscht.

Für eine Vollfleischkarte wird ein Bezugsschein auf wöchentlich 375 Gramm Graupen oder Grieß oder Teigwaren, für eine Kinderfleischkarte ein solcher auf wöchentlich 200 Gramm der genannten Nahrungsmittel auszugeben. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art dieser Waren besteht nicht. Es werden vielmehr an den Inhaber des Bezugsscheines nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Vorräte entweder Graupen oder Grieß oder Teigwaren geliefert. Die Ware kann in den 93 in den einzelnen Stadtteilen gelegenen, durch einen Auszug kenntlich gemachten Verkaufsstellen wegen Abgabe des für die betreffende Woche gültigen Bezugsscheinschnitts in Höhe der auf ihn entfallenden Wochenmenge gelauft werden.

Diesemjenigen Einwohner, die sich weder seinerzeit zur Eintragung in die Liste, noch nachträglich beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, zum Umtausch der Fleischkarten gemeldet haben, aber von dem Umtausch nunmehr Gebrauch machen wollen, werden aufgefordert, unter Vorlage der Fleischkarte beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, Straßauer Str. 3/6, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf Abschnitt Nr. 62 der Lebensmittelkarte je 250 Gramm Kriegsmehl u. s. Der Abschnitt ist nur in den durch das bekannte Ausschreibungsblatt gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern und zwar am 13., 14., 15. oder 16. April. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Kartenabschnitte nur in solchen Geschäften abzugeben sind, die das vorgenannte Ausschreibungsblatt besitzen. Wer die Kartenabschnitte in einem anderen Geschäft oder nicht innerhalb der angegebenen Frist abgibt, hat keinen Anspruch auf Lieferung von Kriegsmehl.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Abschnitt 1 der am Mittwoch in Kraft getretenen Kaffee-Erfasskarte für ungültig erklärt worden ist. Diesemjenigen Personen also, denen dieser Abschnitt in Kaffee-Geschäften früher schon abgenommen worden war, oder die sich sonst bei Kleinhändlern schon zum Bezuge von Kaffee-Erfass angemeldet hatten, sind ebenfalls, wenn sie auf ihre Karte Kaffee-Erfass erhalten wollen, unbedingt verpflichtet, bis zum nächsten Sonntag spätestens bei einem Kleinhändler den Bestellabschnitt 2 der Karte abtrennen zu lassen. Auch der Umstand, daß sie etwa in irgend einer Kundenliste, deren Führung hier übrigens gar nicht nötig ist, bereits eingetragen sein könnten, ist völlig bedeutungslos. Vorläufig kann der Bestellabschnitt 2 auch in solchen Geschäften abgegeben werden, die noch nicht durch ein Plakat der amtlichen Verteilungsstellen kenntlich gemacht sind. Zur Entgegennahme des Abschnitts sind jedoch ausschließlich Kleinhändler berechtigt, die auch schon früher mit Kaffee-Erfass gehandelt haben.

## Lichtenbergs Lebensmittelversorgung

Die in anderen Gemeinden Groß-Berlins, so ist auch hier die Kartoffelzufuhr in der letzten Zeit stärker geworden. Eine uns beim Magistrat gegebene Auskunft äußert sich günstig über die Aussichten für die nächsten Wochen. Den Winter hindurch hatte von Ansammlung großer Vorräte nicht die Rede sein können, weil die Lieferungen ungefähr nur den laufenden Bedarf deckten. Jetzt aber bietet sich die Möglichkeit, die überschüssigen Mengen zu lagern und für die Zeit weiterer Zufuhrrückganges bereitzuhalten. Bei der Ernährungsregelung, die nach dem 15. April in Kraft tritt, wird reichlich für Lichtenberg nicht die Kartoffelfrage eine Hauptrolle spielen. Von Kartoffeln konnte Lichtenberg ja schon im Winter oft mehr als andere Gemeinden Groß-Berlins geben. Wichtig ist die Frage, ob das erforderliche Mehr an Fleisch da sein wird. Kriegsernährungsamt und Landesfleischstelle hoffen, daß es daran nicht fehlen wird. Lichtenberg hatte bisher auch schon eine Art Fleischmühle in dem sogenannten Kram, den die eigenen Verkaufsstellen der Stadt feil hielten. Dieser Kramverkauf soll nach dem 15. April bestehen bleiben, auch wenn die von da ab erhöhte Fleischmenge voll geliefert wird. An der Verteilung von Graupen, Grieß usw. wird gleichfalls festgehalten werden. Bei Unberheirateten sind solche Lebensmittel, da sie erst einer Zubereitung bedürfen, leider kein Ersatz für die mit der neuen Ernährungsregelung kommende Kürzung der Brotmenge. Die Volksspeisung, mit deren Einführung die Stadt Lichtenberg allen Gemeinden Groß-Berlins voranging, hat merkwürdigerweise keine sehr starke Beteiligung gefunden. Vielleicht erklärt sich das daraus, daß die Kartoffeln hier meist weniger knapp als in anderen Gemeinden waren. Sollten Schwierigkeiten bei der neuen Ernährungsregelung entstehen, so sind für eine etwa auftretende stärkere Inanspruchnahme der Volksspeisung die Vorbereitungen getroffen. Eine Erweiterung durch Abendbetrieb ist noch nicht beabsichtigt.

## Die Organisation der diesjährigen Gemüse- und Obstversorgung.

Auf Einladung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg fand gestern nachmittags im großen Sitzungssaal des Landeshauses eine Besprechung der Obst- und Gemüseversorgung aus der neuen Ernte statt. An der Versammlung nahmen Vertreter zahlreicher Kommunalverbände und Anbauvereine, Gartenbauvereine und Obstzüchter, besonders aus Berber und Gransee, sowie als Vertreter der Reichsstelle für Gemüse und Obst deren Vorsitzender, Oberregierungsrat v. Zilly, teil. Zweck der Besprechung war die Frage, wie die Obst- und Gemüseernte der Markt zu erlassen sei und wie die bestehenden Obst- und Gemüsehändlervereine am besten in die neue Organisation der Bezirks- und Kreisstellen einbezogen werden können. Oberregierungsrat v. Zilly gab einen Überblick über die geplante Regelung der diesjährigen Gemüse- und Obstversorgung und eine Erläuterung der zu diesem Zweck erlassenen Bestimmungen. Das Hauptmerkmal ist, daß der freie Handel nicht ausgeschlossen wird. Auch von der Rationierung und Beschlagnahme des Frischgemüses und alles frischen Obstes wird abgesehen. Den Verbrauchern soll alles Frischgemüse und alles frische Obst ausschließlich durch die Märkte und in den Kleingewerksläden zugeführt werden. Höchstpreise sollen nur für Herbstgemüse, das weite Förderungen betragen kann, festgelegt werden; für Frühgemüse sollen zunächst lediglich Richtpreise ausgearbeitet werden. Zum Schluß

gab Oberregierungsrat von Tilly nähere Erläuterungen über den Schlusssatz für den Obst- und Gemüsehandel, der zum erstenmal in der Kriegswirtschaft eingeführt wurde und gestern in Kraft getreten ist. Während die Reichsstelle lediglich die Erzeugerhöchstpreise für das ganze Reich festlegt, werden die Groß- und Kleinhandelspreise von den Kommunalverbänden unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse angeordnet werden.

### Die Richtpreise für Frühgemüse.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat nunmehr die Richtpreise für Frühgemüse festgesetzt. Wie wir hören, haben diese Richtpreise Gültigkeit, bis die für die einzelnen Wirtschaftszweige zuständigen Preiskommissionen anderweitige Preise beschließen und diese die Genehmigung der Reichsstelle für Gemüse und Obst gefunden haben. Bemerkenswert ist besonders, daß die Richtpreise (frei Wohnwagen) nicht etwa Marktpreise sind; sie gelten für ein größeres Wirtschaftsgebiet, von dem die Mark Brandenburg ein Teil ist. Die von der Reichsstelle festgesetzten Richtpreise für ein Pfund Frühgemüse sind die folgenden (in Pfennigen): Spargel: unsortiert 45, sortiert I. 70, sortiert II. 48, Suppenpargel 20; Rhabarber 8; Erbsen: 1. bis 20. Juni 25, 2. vom 21. Juni ab entweder im Durchschnitt 25, oder getrennt nämlich a) Erbsen (gedrillte) 22, b) Erbsen (gereifte) 26; Bohnen: Grüne (Stangen-Buch-) Bohnen 24, Wachs- und Perlbohnen 22, Ruff- (Sauer-) Bohnen 15; Mören und längliche Karotten: bis 30. Juni 15, bis 15. Juli 15, bis 31. Juli 12, bis 15. August 9, bis 31. August 8, bis 15. September 8, bis 30. September 7, Rairüben 7; Karotten (runde, kleine): bis 30. Juni 19, bis 15. Juli 17, bis 31. Juli 15, bis 15. August 14, bis 31. August 12; Kohlrabi: bis 30. Juni 17, bis 31. Juli 12, ab 1. August 10; Frühweißkohl: bis 15. Juli 10, bis 31. Juli 8, bis 15. August 6, bis 31. August 4½, bis 19. September 3½.

Höchstpreise für Herbstgemüsekonserven sind vom Bevollmächtigten des Reichsanzlers festgelegt worden. Fabrikanten und Händler, die in der Lage sind, bei einem angemessenen Gewinn zu geringeren Preisen ihre Waren zu verkaufen, sind hierzu verpflichtet. Die Gewerbetreibenden, die Gemüsekonserven und Kaffbohnen im Kleinhandel vertreiben, müssen in ihren Geschäftsräumen die Preise zum Ausbhang bringen.

Zucker zur Bienenfütterung. Von der Reichszuckerstelle sind den 8000 märkischen Imkern 600 000 Kilogramm Zucker zur Fütterung ihrer 47 800 Bienenstöcke zur Verfügung gestellt worden. Nach den Vorschlägen, die der Bienenwirtschaftliche Provinzialverband für Brandenburg der Reichszuckerstelle unterbreitet hat, soll für den Imker auf jeden Kopf seiner Familie eine vorher festgelegte Menge Honig freigegeben werden. Von der verbleibenden Menge soll der Heeresverwaltung ein Anteil von 25 Proz. zufallen. Der Rest wird den Gemeinden zur Verteilung an die Bürgererschaft überwiesen. Der Höchstpreis soll 5,60 bis 6 M. für das Kilogramm betragen. Im vorigen Jahre belief sich die Donigernte der märkischen Imker auf 183 000 Kilogramm.

Im Schräder Herrnsch-Theater findet heute — Freitag — die Erstaufführung des dreitägigen Schwanks „Che-Urlaub“ von Julius Gortz statt. Beginn der Vorstellung 7¼ Uhr.

„Häse v. Tzhsa“. In Neudöln verkehrte in der letzten Zeit in verschiedenen Schankwirtschaften ein Häse, der die Uniform eines Unteroffiziers oder Wajfeldwebels trug. Er erzählte, daß er aus Konstantinopel heurlaubt sei und ließ durchblicken, daß er Gänse besorgen könne. Sobald ein Gast auf das Angebot einging, bestellte ihn „Häse v. Tzhsa“ nach einem Haus in der Hensburger Straße. Auf dem Hausflur ließ er sich dort den Kaufpreis geben und dann verschwand er durch den zweiten Ausgang des Gebäudes. Nachdem der Schwindler wiederholt in diesem Hause seine Felle mit Erfolg gestellt hatte, erschien er gestern wieder mit einem Kunden. Dieser gab ihm 40 M., war aber vorsichtig genug, ihm heimlich zu folgen, als er erklärte, die Gänse holen zu wollen. Der Schwindler verschwand wieder durch den zweiten Ausgang. Der Betroffene und Hausbewohner aber legten ihm nach und ergriffen ihn. Vor vierzehn Tagen hatte sich „Häse v. Tzhsa“ in der Elloffer Straße eingemietet. Hier schloß er vor, daß er einen Gang zu machen habe, auf dem er nicht gern Uniform tragen möchte. Er bat die Wirtin, ihm den Gehpelz ihres Sohnes zu borgen, erhielt ihn auch, zog ihn über die Uniform ging weg und ließ sich nicht wieder sehen. Diesen Pelz hat er wahrscheinlich irgendwo zu Geld gemacht. Wer der Verhaftete ist, weiß man noch nicht.

„Ertrappte Geheimhändler und Fleischwucherer“. In unserer Notiz in der Dienstag-Kummer teilt der Gastwirt Louis Goege, Schulstr. 117, Ecke Nagistraße, mit, daß er mit der Angelegenheit nichts zu tun habe.

Neudöln. Freiwillige unentgeltliche Impfung. Die öffentlichen Impftermine zur unentgeltlichen, freiwilligen Schutzpockenimpfung der männlichen Bevölkerung sind wegen der geringen Inanspruchnahme aufgehoben worden.

Für die weibliche Bevölkerung des gesamten Stadtgebiets (für Personen vom 17. Lebensjahre ab) finden die unentgeltlichen, freiwilligen Schutzpockenimpfungen von heute ab bis auf weiteres nur noch in dem Impfstall: 2. Gemeindefchule, Soddinstr. 82/83, an den Wochentagen Montag, Mittwoch und Freitag, nachmittags von 1½—2¼ Uhr statt.

Friedrichsfelde. Lebensmittelnachrichten. Auch für die Woche vom 9.—15. April wird die Fleischmenge für jede Fleischkarte auf 830 Gramm festgelegt.

Von heute ab erhält jeder Einwohner in dem Geschäft, in welchem er in die alte Kundenliste eingetragen ist, auf Abschnitt 8 der neuen Lebensmittelliste ½ Pfund Graupen. Der Preis hierfür beträgt 15 Pf.

Ebenfalls von heute ab wird in den Kartoffellieferungsgeschäften auf Abschnitt 9 ein mariniertes Hering zum Preise von 27 Pf. abgegeben.

Wünsche auf Lieferung der vom Kreise beschafften Saatkartoffeln werden in unserem Bureau, Wilhelmstr. 9, entgegen genommen.

In Schöneberg kommen auf Abschnitt 9 der roten Lebensmittelliste 1 Dose kondensierte Milch oder 3 Flaschen sterilisierte Milch, auf denselben Abschnitt der grünen Lebensmittelliste 1 Pfund Hafersfabrikate zur Verteilung. Anmeldung für den Bezug der Waren vom 19. bis 18. April; die Ausbändigung findet zwischen dem 19. und 28. April statt. Nach dem 28. April sind die Händler zur Abgabe nicht mehr verpflichtet.

Charlottenburg. Allgemeine Speisung. Die Sonntagspeisung wird nicht, wie mitgeteilt, Sonntag, den 15. April, sondern erst am 22. April beginnen. Die Speiteausgabe erfolgt nicht Krummestraße 87, sondern Spreestr. 11. Anmeldungen werden nur von Bodeintnehmern schon am nächsten Freitag zum übernächsten Sonntag entgegen genommen.

Infolge Erhöhung der Wochenration an Kartoffeln auf 5 Pfund werden vom 16. April ab den Teilnehmern an der allgemeinen Speisung bei wöchentlicher Beteiligung ausschließlich des Sonntags für eine ganze Portion 5 Abchnitte und einmal des Sonntags 6 Abchnitte, für eine halbe Portion 2½ bzw. 3 Abchnitte abgetrennt. Von der Reichsleischkarte werden, wie bisher, für eine ganze Portion wöchentlich 4, bei Teilnahme auch an der Sonntagspeisung 5 Abchnitte, für eine halbe Portion 2 bzw. 3 Abchnitte entwertet. Von der städtischen Fleischkarte werden Abchnitte nicht abgetrennt.

Friedrichshagen. Heute und morgen gelangen auf Abschnitt 27 der Lebensmittelliste Graupen zum Verkauf. Auf jeden Abschnitt entfallen ¼ Pfd. zum Preise von 23 Pf.

Johannisthal. Unveränderte Steuerfäge. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Steuerfäge wie bisher

zu belassen. Danach werden erhoben: 140 Proz. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer, 200 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer in Klasse I und II und 100 Proz. in Klasse III und IV, 3,2 bzw. 4,8 und 6,4 vom Tausend des gemeinen Wertes der Grundstücke als Grundsteuern.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Niederbarnim. Die für den 14. April angelegte Generalversammlung muß besonderer Umstände halber verschoben werden. Sie findet statt am 21. April, nachmittags 6 Uhr, im Hause Lindenstr. 114 III. Die Besirke, denen das Material zur Generalversammlung nicht zugegangen ist, werden gebeten, sich an den Genossen Hermann Müller, Ortyphustr. 34 IV zu wenden.

## Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Ludwig Loewe & Co. verteilt bekanntlich aus dem von 4,3 auf 8,8 Millionen Mark gesunkenen Uberschuß eine Dividende von nur 32 Proz. gegen 86 Proz. im Vorjahr. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt: Die Umzüge unserer Fabrik haben gegen das vorübergehende Jahr einen nicht unbeträchtlichen Rückgang erlitten. Der eigentliche Heeresbedarf fiel im Berichtsjahre beinahe gänzlich aus. Dagegen sind wir mit der Erzeugung eigener Werkzeugmaschinen und Werkzeug in größtem Umfange beschäftigt gewesen. Um das Programm, das eigentlich durch den Bau der neuen Fabriken erledigt werden soll — Einrichtung von Spezialfabriken für einzelne unserer Maschinentypen — später durchzuführen, werden sich bedeutende Umstellungskosten notwendig machen. Wir werden die hierfür erforderlichen Mittel der schon angesammelten Baureserve entnehmen. Wir haben einen Bestand an Aufträgen in das neue Jahr herübergenommen, der uns mit den seither eingegangenen Neubestellungen bis zum Schluß des Jahres beschäftigen wird. Dies erschien uns so notwendiger, als die Preise unserer an sich sehr wertvollen Materialien und Betriebsmittel eine in Friedenszeiten ungelassen Höhe erreicht haben. Die Typograph G. m. b. H. hat auch im verflossenen Jahre nicht gänzlich gearbeitet, das Jahresergebnis wird die Auszahlung eines Gewinnes nicht gestatten. Die Knorr-Bremse Akt.-Ges. hat im letzten Jahre große Erweiterungsarbeiten durchgeführt. Die durch diese Bauten auftretenden Störungen im Betriebe sowie der Zinsendienst der erforderlichen großen Mittel haben das Resultat beeinflusst, so daß das Erträgnis nicht das gleich günstige sein wird wie im Vorjahre. Die Maschinenfabrik Oberschöneweide wird für 1916 ein gutes Erträgnis erbringen.

## Aus aller Welt.

Selbstmord infolge geistiger Störung. Der Leiter der städtischen Elektrizitätswerke in Brandenburg a. H. Pfannmöller hat Selbstmord verübt. Pfannmöller, der gleich zu Anfang des Krieges ins Feld gezogen war, ist durch Schußwunden am Kopfe schwer verwundet worden und litt infolge dessen an geistigen Störungen. In einem Anfälle dieses Leidens hatte er sich vor längerer Zeit aus seiner Wohnung entfernt. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Jetzt ist seine Leiche im Duenzsee bei Brandenburg aufgefunden worden.

Ueber die Schiffskatastrophe bei Budapest auf der Donau gibt die Direktion der Donaubampfschiffahrtsgesellschaft folgenden Bericht:

aus: Der versenkte Personen-Dampfer Prinz ging mit 480 Passagieren von Budapest ab. Einige der Reisenden stiegen bereits vor Mostoten aus. 284 Passagiere wurden sofort nach dem Zusammenstoß in Sicherheit gebracht; sie konnten mit den Dampfern Wilhelm und Gisela ihre Fahrt fortsetzen. 12 Reisende aus Budapest leisteten die erste Hilfe. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden. — Ueber den Zusammenstoß der Prinz mit der Victoria werden dann noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der Zusammenstoß war so stark, daß die Prinz mit dem Bug sofort sank. Es entstand eine Riesenpanik, alles stürzte in Hille. Das Wasser begann in das Schiff einzudringen; das Steuerbord wurde eingedrückt und in einer Breite von 12 Meter zertrümmert. Frauen und Kinder wurden niedergeworfen und über ihre Köpfe hinweg trachtete jeder danach, sich zu retten. Die Beladung des Dampfers leistete geradezu Uebermensliches. Die Maschinen funktionierten noch, so daß das Schiff auf eine Sandbank gebracht werden konnte, wo es strandete. Später gelang es dem Kapitän, das Schiff ans Ufer zu bringen, wo das Aussteigen der Passagiere ermöglicht werden konnte. Die Katastrophe erfolgte 11 Uhr nachts, die erste Hilfe wurde aber erst um 3 Uhr geleistet. 30 Personen werden vermisst.

In der Gleditsfabrik Liestal bei Basel, die außerhalb der Ortschaft liegt, fand gestern eine große Explosion statt, durch die mehrere Gebäude zerstört und vier Arbeiter getötet wurden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Sensationelle Mitteilungen über eine Spionageaffäre. Seit einiger Zeit bringen die holländischen Blätter sensationelle Mitteilungen über eine Spionageaffäre, in die auch Telegraphisten verwickelt sind. Diese Telegraphisten haben einer kriegführenden Macht Telegramme ausgeliefert, die sich auf Schiffsbewegungen bezogen. Durch Eindringen in das Bureau hat man sich des Schließels der Chiffre-Telegramme bemächtigt und so ihren Inhalt ausgeklüffelt. Es wurde gemeldet, daß auch Personen bei dieser Spionageaffäre tätig waren, die dem sogenannten Antismuggelbureau des Besitzers vom „Telegraaf“, Kolbert, angehören. Das holländische Blatt „Tyd“ zieht aus früheren Vorfällen den Schluß, daß die Spionage zugunsten Englands betrieben wurde.

In der Munitionsfabrik von Eddison erfolgte, wie aus New York berichtet wird, eine große Explosion in dem Gebäude, in welchem die Granaten hergestellt werden. In der Stadt Philadelphia, die 16 Kilometer entfernt liegt, wurde die Explosion wie ein schweres Erdbeben wahrgenommen.

### Die Explosion der Waldwinerke.

Bern, 12. April. Ein Kabeltelegramm der Agentur Radio aus New York meldet, daß bei der Explosion der Waldwinerke außer den getöteten 150 Frauen noch 200 vermisst werden. In Launton (Massachusetts) sei eine andere Fabrik durch einen Brand zerstört worden, auch hier sei der Schaden sehr groß.

### Jugendveranstaltungen.

Freie Turnerschaft Neudöln-Brick. Deffentliches Turnen der I. und III. Frauenabteilung am Sonntag, den 15. April, in der Turnhalle der Oberrealschule, Emmer Straße. Eröffnung 2¼ Uhr. Anfang 3 Uhr. Nach dem Turnen Kommerz im Restaurant Karlsplatz. Turnfreunde und Gäste willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

20. Schl. 38. 1. Sie sind steuerpflichtig, aber erst vom 1. Februar an. Sie mühen also gegen die Steuerforderung für Januar Einspruch erheben, 2. Wenden Sie sich an die Städtische Fleischschau, Schlachthof, Eldener Straße 38. Dasselbst werden Sie nähere Auskunft erhalten. —

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weinkrankh. Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung. Königstr. 34-36, Alexandropol. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.

## Zelluloid-Film- und Guttaperchabälle

Kurt Orsner, Georgenkirchstraße 50, beim Alexanderplatz, 9—12, 3—6 Uhr. 22/4



## Kreuz und Quer durch den Balkan

Eine Reisebeschreibung von Ludwig Leffen — Mit Zeichnungen v. Ilse Schütze-Schur

Gebunden Mk. 1,50

Buchhandlung Vorwärts Berlin, Lindenstraße 3, Laden.

## Festspiele für die Marine

# Die Deutsche See

Dramatisches Spiel von Georg Engel  
Musik von Paul Scheinpflug  
Inszenierung Frh. Friedmann-Frederich

Aufführung Montag, den 23. April 1917

## Zirkus Busch

Darsteller:

Die Damen:	Die Herren:
Antia Berber	Georg Blandakel
Diga Desmond	Kurt Frederich
Elisabeth van Endert	Emil Jannings
Ilka Grünig	Adolf Klein
Hermine Körner	Theodor Loos
Evi Peter	Artur Wellin
Loth Rüdert	
Ida Wäsi	Das verstärkte
Elisabeth Wellbrauch	Bläser-Orchester
Joh. Zimmermann	unter Leitung des
	Komponisten

2000 Mitwirkende

Kostüm-Entwürfe von Prof. Dr. Langhammer. Dekorationen Hugo Baruch & Co.

Preise der Plätze 1.— bis 30.— M. Vorverkauf bei Berthelm, Bote & Bod, Invalidenbank, an den Zirkuskassen und im Konzertbüro, Kochstraße 8, 1.





Aus dem Geistesleben der ABC-Schützen

Von R. Altmannstädt.

Lang und erwartungsvoll zugleich überföhrten alljährlich zur Osterzeit Tausende von Sechsjährigen die Schwelle des Schulhauses, wo sie mit dem wichtigsten, dem unentbehrlichsten Rüstzeug für den Kampf ums Dasein versehen werden sollen.

Wie zu erwarten stand, zeigte das „geistige Inventar“ bei Knaben und Mädchen, bei Stadt- und Landkindern beträchtliche Unterschiede. Im allgemeinen fand man bei den Knaben einen größeren Begriffreichtum, einen weiteren Vorstellungskreis als bei den Mädchen.

Erwähnenswert ist auch der Unterschied zwischen Stadt- und Landkind. Die Beobachtungen stimmen nicht immer ganz miteinander überein. So kommt nach der einen das Großstadtkind ärmer an Vorstellungen zur Schule als das Landkind, nach der anderen wäre das Gegenteil der Fall.

Unsere Sechsjährigen kennen natürlich manchen Gegenstand, den sie noch nicht richtig zu benennen wissen. Nicht unterhaltsam ist es dann, zu beobachten, wie die Kleinen sich in solchen Fällen helfen, sei es durch Prägung ganz neuer Worte, sei es durch Umschreibungen und Vergleiche.

„Er hat keine Peine. Er hat bloß am Dache. Die bewegt er immerfort. Das sieht so aus wie ein junger, kleiner Flögel.“

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeieroman von Gabriela Sawolska.

Die Augenlider des stummen Mannes begannen zu zittern. Endlich sprach er mit geprehter Stimme:

„Ja, die liebe Sonne!“

„Dürfte ich einen Spaziergang machen? Ich möchte gerne hinaus!“

„Ich weiß es nicht!“

„Erkundigt Euch. Sagt, ich sei krank, ich brauche Luft!“

Der Aufseher betrachtete ihn mit prüfendem Blick und antwortete nichts.

„Ich sage Dir, wir wollen es mit dem Hungerstreik versuchen.“

„Hierauf neues Stimmengewirr: „Was ist dabei?“

„Ihr werdet eure Wänste nicht eher vollstopfen, bis sie etwas mit uns beginnen...“

„Nähert sich dem Fenster.“

„Wann haben euch die Schweinehunde aus Dombrowa hergebracht?“

„Nach dem Herbststreik?“

„Ein halbes Jahr! Das muß gerächt werden.“

„Durch Hungerstreik!“

Der Aufseher machte das Fenster zu, legte ein Schloß vor und verließ schweigend die Zelle.

Altki dachte darüber nach, was er gehört hatte. Er kombinierte, daß man die Führer eines Bergarbeiterstreiks nach dem Gefängnis gebracht hatte und sie seit einem halben Jahre gefangen hielt.

„Warteten sie ebenso vergeblich wie er auf die Vernehmung?“ ging es ihm durch den Kopf.

Nicht niedlich klingen auch oft die kleinen Berichte, die jene von Vincenz unterrichteten Kinder machten, wenn sie nach den verschiedensten Dingen gefragt wurden. Von der „Leiter“ erzählt z. B. das eine:

„Da steigen die Essensehrer auf und die die Lampen putzen, und da kommen sie auf das Dach und putzen sie die Essen und da gehen sie auf die andere...“

„In einem zweiten Kind erweckt die „Leiter“ wieder ganz andere Vorstellungen:

„Da steigen die Männer, wenn sie Pfannen abnehmen oder Kessel. Manchmal fallen sie auch runter, sind tot, brechen das Genick.“

Vom Schmetterling wachte ein Kind zu berichten:

„Die riechen an die Blumen und fliegen, und da riechen sie immer an Blättern und riechen an Blumen und an den Rosen, und da rehen sie auch wieder aus!“

Ein anderes erklärte:

„Die fliegen in der Luft rum. Manchmal setzen sie auch in die Stube rein. Sie haben vier Flügel.“

Die auf Bildern dargestellten Dinge richtig zu erkennen, fällt untern Schulanfängern häufig nicht leicht. Hieran mögen oft die Bilder schuld sein, die für dieses Alter gar nicht klar und einfach genug sein können.

„So lange das Kind“, sagt Prof. Reumann in seinen Vorstellungen über „Experimentelle Pädagogik“, unter der Obhut der elterlichen Fürsorge sorglos dahinleben kann, wird es durch nichts gezwungen, auf den Ablauf der Zeit zu achten, als durch einige Organ-Empfindungen wie Hunger und Müdigkeit am Mittag und Abend.

Die Zeit und die Ereignisse, die zur Vertiefung des Hungers und der Müdigkeit dienen, Maßhalten, Zubettgehen usw. sind es auch, die ihm die ersten Tagesabschnitte zum Bewußtsein bringen.

„Für das sorglose noch nicht schulpflichtige Kind gilt also geradezu das Sprichwort: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde.“

Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

„Die bisher stattgehabten Untersuchungen über den Vorstellungskreis der Neulinge zeitigen so wertvolle Ergebnisse für den Pädagogen, daß man die Forderung erhoben hat, alle Kinder nicht nur beim Schuleintritt, sondern auch alljährlich beim Uebertreten in höhere Klassen in dieser Weise zu prüfen.“

schiff mit einem Gehalt von 406 Tonnen, und vereinbarten, daß das Schiff nach der glücklichen Landung in Europa verkauft und der Erlös dem Roten Kreuz überwiesen werden sollte.

Der Kutter, der die Deutschen zunächst nach der bezahlten Bucht führen sollte, hatte gleich mit großen Widrigkeiten zu kämpfen; er wurde nach Süden verschlagen, im Sturm wurde ein Mast verloren, so daß es nur dadurch möglich war, Wasser an Bord zu bekommen, daß ein Floß gesegelt wurde, das nach dem Lande abließ, um von dort das nötige Wasser zu holen.

Die hiesige Besatzung wurde ausgetauscht, und die deutschen Seeleute haben in See.

Wichtige Hinweise ersparten die Abfahrt sehr; dazu kam unterwegs ein 24 stündiger schwerer Sturm.

Die Verpflegung auf der Fahrt war ausreichend und gut. Die Deutschen in Chile hatten in freigelegter Weise für den Proviant gesorgt: 5 Schafe, eine Ziege, Gänse, Hühner, Gänse usw., dazu große Mengen Konserven boten die Gewähr, daß die unternehmungslustigen jungen Leute nicht Hunger zu leiden brauchen.

Der Äquator wurde passiert und im Nordatlantik traf man schließlich gutes Wetter, das allerdings bald wieder mit hartem Stürmen abwechselte.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Am folgenden Tage wurden zwei englische Kriegsschiffe gefolgt, die auf die Fahrt hielten.

Eine kühne Seemannsleistung.

Die Fahrt der Tinto.

In den letzten Tagen des März ist die hilenische Bark Tinto nach einer ebenso kühnen wie abenteuerlichen Fahrt im Hafen von Dronkheim in Norwegen eingelaufen.

In Chile befanden sich eine Anzahl junger deutscher Seeleute, die den Drang hatten, in ihre Heimat zurückzukehren, um an der Verteidigung ihres Vaterlandes teilzunehmen.

Als am nächsten Morgen der Aufseher kam, verlangte Altki, daß das Fenster wenigstens einen Augenblick geöffnet werde.

Der Aufseher schüttelte den Kopf.

„Nach Tisch!“ sagte er, „so ist es befohlen!“

Altki wartete ungeduldig auf den Nachmittag. Als der Aufseher beim Essen das Fenster öffnete, mußte Altki sich aus ganzer Kraft beherrschen, er bohrte förmlich die Nägel in seinen Stuhl, um nicht zum Fenster hinaus zu springen.

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

„Auch oben näherte sich jemand dem Gitter.“

„Wer seid Ihr denn?“

„Ich bin aus Krakau. Altki heiße ich. Sie haben mich an der Grenze verhaftet. Wenn ihr mit der Außenwelt in Verbindung kommt, so erzählt es. Man möge Bemühungen für mich machen. Ich bin hier wie in einem Verließ...“

„Habt keine Angst,“ begann Altki von neuem. „Wofür seid ihr eingestraft?“

(Fort. folgt.)

**Verband der Bureauangestellten Deutschlands.**  
Ortsgruppe Groß-Berlin  
Am 10. April verstarb nach langem schweren Leiden unter Aufbietung aller ärztlichen Kräfte  
**Otto Brunke**  
im Alter von 26 Jahren.  
Seine Hinterbliebenen:  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Gemeinde Niederlehndorfer in Niederlehndorfer - Schänke, Germania-Strasse, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Banarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Norden II.  
Am 7. April starb unser Mitglied, der Vater  
**August Lange.**  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, auf dem Segens-Richhof in Weihenau-Str. aus statt.  
Bezirk Süden.  
Am 10. April starb unser Mitglied, der Bruder  
**Hermann Schaffrau.**  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Kaiserhöfchen-Richhof in der Bergmannstraße aus statt.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Verwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Am Mittwoch, den 22. März, verstarb unser Mitglied  
**Bernhard Mewes.**  
Seine Hinterbliebenen:  
Am Sonntag, den 7. April verstarb unser Mitglied  
**Paul Walter.**  
Seine Hinterbliebenen:  
50/10 Die Ortsverwaltung.

Am 13. März 1917 starb im Alter von 67 Jahren nach langem schweren Leiden unter Aufbietung aller ärztlichen Kräfte  
**Erich Köppen**  
im 20. Lebensjahre.  
Der edle Junge, vergebens war nur all sein Schaffen, den Lohn von all dem Können nicht zu empfangen. Wer viel verloren, leidet unermessen, für solches Leiden gibt es kein Vergessen.  
Ruhe sanft auf fremder Brust! Im tiefsten Schmerz Deine lieben Eltern  
**Otto Köppen nebst Frau,**  
Geschwister, Verwandten und Bekannte. 14/1



**Singer unübertroffen**  
Leber (die Portiello)  
verlangt man unsere  
Singer Läden überall

**Deutschland braucht Männer,**  
die fähig sind, an dem großen wirtschaftlichen Wettstreit teilzunehmen, der eine unbedingte Folge des Weltkrieges sein muß und eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens herbeiführen wird.  
Überall werden **gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht**  
sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels und der Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Ein-/Frei-/Prüfung und das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vorzügliche Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin“. Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos. **Bonness & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sohn  
**Heinrich Jörschel**  
am 10. April gestorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Richhofes, Rindberger Allee, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder  
**Bernhard Wollauchi**  
am 8. April gestorben ist.  
Seine Hinterbliebenen:  
178/9 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Verein Berlin II.**  
Sozialdem. Partei Deutschlands. 6. Abteilung.  
**Nachruf.**  
Am 3. April 1917 verstarb unser Genosse  
**August Gensel**  
Waldstraße-Allee 25.  
Seine Hinterbliebenen:  
Beerdigung hat bereits stattgefunden.  
207/18 Der Verband.

Nach langem schweren, mit Geduld ertragenen Leiden verstarb am 11. April im 66. Lebensjahre mein lieber aller geliebter Mann, der treuherzige Vater meiner lieben Kinder, unser guter Sohn, Bruder, Onkel und Schwager  
**Paul Seyfarth.**  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Helene Seyfarth.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes St. Marien, Doppel-Allee, aus statt. 21705

**Eine Million 200 000 Stück Zigarren**  
hauptsächlich Hamburger Fabrikate von M. 98.- bis M. 390.- per 1000 Stück in 1/2 und 1/4 Packungen.  
Alles bessere Qualität. Preisliste steht zu Diensten. Muster nur in Originalisten ab Hamburg geg. Nachnahme oder Voreinsendung.  
**John Heinr. Hauschildt & Co.**  
Zigarrengroßhandlung, Hamburg I. 1872L\*

**In Freien Stunden.**  
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. **Die Zeit** 15 Pf. Buchhandlung Gormärt, Berlin SW 68 Lindenstraße 3

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90  
direkt am Stadthafen  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle). Geschl.-Krankheiten, Schmierläse, kürzeste Behandlung ohne Berufsfortsetzung, Blutunterstützung, Kräftigung, Zeitheilung. Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
empfiehlt gute preiswerte Möbel noch zu billigen Preisen.  
**154 Musterräume.**  
Lagerräume: 6696 q-Meter groß.  
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.  
Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!  
Sonntags v. 12-2 Uhr geöffnet.



**Sind's die Augen, Geh' zu Rahnek!**  
Friedenau:  
Klein-Str. 18, 66e Kirch-Str.  
gegenüber der Kaiser-Brücke

**Lassen Sie Ihr Kind nicht zur Schule gehen,**  
bevor Sie sich die Sehschwäche verschafft haben, daß es wirklich gut sehen kann.  
An manchem schlechten Zeugnis sind nur die schlechten Augen schuld.  
Die weisse Arbeit in der Schule wird mit Hilfe der Augen verrichtet.  
Ein Kind, das nicht so gut sehen kann wie andere, ist im Nachteil und muß sich mehr anstrengen, um folgen zu können. Trotzdem tritt rasch die Ermüdung ein, oft sogar mit Kopfschmerzen verbunden. Die Aufmerksamkeit läßt nach, und das Kind bleibt zurück.  
Kommen Sie mit Ihrem Kinde zu uns. Wir prüfen kostenlos seine Sehkraft und verordnen mit Sorgfalt die passenden Gläser, falls solche nötig und möglich für Ihr Kind sind.  
Gute Brillen mit guten Gläsern für Kinder kosten von M. 3.50 an.  
Wollen Sie lieber ein Paar Brillen sparen, oder wollen Sie lieber Ihrem Kinde unnötige Anstrengungen und Zerkleinerungen ersparen?  
Sie können mit Brillen zu uns kommen.  
Ihre Kinder werden lieber dort laufen, wo Sie große Auswahl und billige Preise finden. — Aber selbst wenn wir nicht die billigsten wären, so dürfen Sie nicht vergessen. Sie erhalten unsere ganze Garantie, und diese ist wohl wichtig beim Einkauf von Brillen für Kinder, weil diese Alters etwas zerbrechen.  
In der Garantiezeit erhalten Sie außer für Gläserbruch usw. alle Reparaturen umsonst.  
Die Garantie währt für Kräftigen von M. 4.50 an ein Jahr, für Besten zwei und drei Jahre.  
**Optiker Ruhneke**  
C. Am Alexander-Platz neben Händlern.  
Spittelmarkt, 66e Weststr.  
SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz.  
W. Leipziger Str. 113, 66e Roser-Str.  
NW. Friedrich-Str. 150, 66e Dorotheen-Str.  
N. Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 164, 66e Brunnen-Str.  
Wilmersdorf:  
Berliner Str. 132-3  
a. d. Uhland-Str.  
Charlottenburg:  
Lauenhagen-Str. 15, 66e Warburger Str.  
Joachimsthaler Str. 2, am Schloß Nord.



**Sonntags von 12-2 geöffnet**

**D. Preussisch-Süddeutsche (235 Königl. Preuss.) Klassenlotterie**  
4. Klasse 2. Ziehungstag 12. April 1917. Vormittag

Auf jede gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 100 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. u. l. S.) (Nachdruck verboten)

105303	826	63	74	733	87	807	(15 000)	40	990	99	106961
107302	71	705	107540	969	109093	120	66	80	202	303	39
994	109618	705	812	947	57	(400)					
110304	418	603	(400)	692	111209	804	987	112210	488	607	
8	827	849	113183	17	438	85	651	(400)	728	601	114109
854	115058	203	35	348	418	33	820	83	790	116086	694
040	70	939	117085	208	477	565	667	118007	240	483	685
(12000)	756	695	119072	486	898	64	97	640	770	838	
120089	884	600	78	979	121163	300	608	862	122008	222	
492	64	883	(600)	623	847	123193	879	853	124063	87	475
690	826	82	941	71	125161	378	848	842	70	126100	74
202	54	335	631	758	127067	688	633	94	399	128121	62
707	842	128092	212	822	429	721	904				
129041	700	25	131098	376	363	008	16	81	132286	(400)	
480	80	648	822	132129	2	2	38	826	706	(400)	134018
84	205	44	84	889	135228	5	42	47	81	828	24
138002	43	377	940	137089	370	439	937	138098	(800)	80	81
860	81	860	139008	103	214	351	(400)	441	614	810	
140025	94	603	794	141485	622	787	830	142042	300	443	
625	625	144	1008	116	654	144486	860	786	145100	264	774
146013	204	81	69	931	147009	20	236	887	148064	680	708
148088	637	149001	98	1	9	29	74	231	55	613	785
813	150140	(800)	242	45	944	152008	370	810	97	151008	76
341	318	94	507	613	73	904	152088	(400)	89	109	341
527	74	779	504	153031	147	824	703	26	18	040	33
31	151	440	709	155013	41	(800)	122	23	34	44	568
532	772	150368	428	553	600	555	97	157040	239	333	653
784	641	158137	263	315	159073	724	971				
160109	97	161610	207	325	615	162038	148	362	400	844	
821	85	163333	427	975	164017	168288	83	218	19	28	883
166000	(8000)	79	300	423	99	20	40	783	813	167022	187
168039	90	966	801	99	169080	308	444	828			
170047	17128	80	228	38	788	78	172088	334	173156	64	
974	17508	202	(400)	748	14001	86	979	1773	8	573	681
832	178125	227	618	643	783	963	179123	337	877		
180016	906	181078	232	313	56	44	802	(400)	182008		
97	183080	763	817	938	183372	800	813	184104	38	47	(400)
186024	974	187047	85	88	188021	89	885	554	744	808	188082
178	189087	705	(1000)	0	964	189378	94	428	70	581	188187
405	899	866	743	189084	273	844					
190119	630	191088	47	207	09	338	434	889	(800)	825	31
192181	(400)	203	30	581	718	888	193088	83	117	471	843
701	804	938	194068	104	78	88	239	233	488	807	58
(400)	904	195091	612	216	608	196081	617	197207	64	791	265
198038	(800)	46	88	210	74	96	477	557	77	743	
200012	430	78	94	201187	671	810	202180	268	401		
(8000)	80	708	894	203047	161	204	610	204068	72	98	
43	48	62	80	205000	16	600	43	206076	229	549	748
827	208018	500	211	(400)	44	207113	74	194	174	814	817
827	210	212	213	209040	312	504	626	64	208087	150	84
633	210	213	214	211000							
212008	372	505	222078	857	848	78	906	222088	403		
614	103	88	881	8	8	223022	921	22419	877	674	988
225028	48	144	48	324	94	835	84	(400)	17	226184	214
874	228087	(3000)	60	121	692	908	229002	150	87	331	83
481	790	818	68	910							

**D. Preussisch-Süddeutsche (235 Königl. Preuss.) Klassenlotterie**  
4. Klasse 2. Ziehungstag 12. April 1917. Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hohle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 100 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. u. l. S.) (Nachdruck verboten)

105303	826	63	74	733	87	807	(15 000)	40	990	99	106961
107302	71	705	107540	969	109093	120	66	80	202	303	39
994	109618	705	812	947	57	(400)					
110304	418	603	(400)	692	111209	804	987	112210	488	607	
8	827	849	113183	17	438	85	651	(400)	728	601	114109
854	115058	203	35	348	418	33	820	83	790	116086	694
040	70	939	117085	208	477	565	667	118007	240	483	685
(12000)	756	695	119072	486	898	64	97	640	770	838	
120089	884	600	78	979	121163	300	608	862	122008	222	
492	64	883	(600)	623	847	123193	879	853	124063	87	475
690	826	82	941	71	125161	378	848	842	70	126100	74
202	54	335	631	758	127067	688	633	94	399	128121	62
707	842	128092	212	822	429	721	904				
129041	700	25	131098	376	363	008	16	81	132286	(400)	
480	80	648	822	132129	2	2	38	826	706	(400)	134018
84	205	44	84	889	135228	5	42	47	81	828	24
138002	43	377	940	137089	370	439	937	138098	(800)	80	81
860	81	860	139008	103	214	351	(400)	441	614	810	
140025	94	603	794	141485	622	787	830	142042	300	443	
625	625	144	1008	116	654	144486	860	786	145100	264	774
146013	204	81	69	931	147009	20	236	887	148064	680	708
148088	637	149001	98	1	9	29	74	231	55	613	785
813	150140	(800)	242	45	944	152008	370	810	97	151008	76
341	318	94	507	613	73	904	152088	(400)	89	109	341
527	74	779	504	153031	147	824	703	26	18	040	33
31	151	440	709	155013	41	(800)	122	23	34	44	568
532	772	150368	428	553	600	555	97	157040	239	333	653
784	641	158137	263	315	159073	724	971				
160109	97	161610	207	325	615	162038	148	362	400	844	
821	85	163333	427	975	164017	168288	83	218	19	28	883
166000	(8000)	79	300	423	99	20	40	783	813	167022	187
168039	90	966	801	99	169080	308	444	828			
170047	17128	80	228	38	788	78	172088	334	173156	6	